

Für Lebensqualität, Gerechtigkeit und Demokratie

20 Jahre Grünes Vorarlberg

Inhalt

© HG. Grüne Bildungswerkstatt
Deuringstraße 5
A-6900 Bregenz

Auf eine geschlechtsspezifische Formulierung wurde zu Gunsten der besseren Lesbarkeit bewusst verzichtet.

Redaktion
Pzwei, Pressearbeit.
Wolfgang Pendl

(oder so ähnlich)

Gestaltung
Dalpra & Partner
René Dalpra mit Hugo Ender
und Sarah-Lerina Riedmann

Druck
Hämmerle Druck

Buchbindung
Eibert

Gesetzt aus der Swift
von Gerard Unger

Papier Umschlag
asöldjfk ölakjsdf ljk

Papier Kern
Phönix Motion Xantur, 115 g/m²

6 Vorwort

Grüne Erfolge

- 12 Kraftwerkskette Untere Ill
- 22 Ökologisches Bauen
- 32 Jugendpolitik
- 42 Mülltrennung
- 52 Frauenpolitik
- 60 Stadtbusse
- 70 Ökologische Landwirtschaft
- 82 Rechte für MigrantInnen
- 90 Gemeindeentwicklung
- 98 Schulische Integration
- 108 Schnellstraße S18

120 Grüne Chronologie

132 Grüne Visionen

138 Bildnachweise

Vorwort

20. Oktober 1984. Ein grün-alternatives Wahlbündnis zieht mit 13 Prozent und vier Mandaten in den Vorarlberger Landtag ein. Die Öffentlichkeit reagiert erstaunt, die anderen Parteien sind fassungslos: „grüner Schock“, „historisches Ereignis“, „Denkumsturz“. Wenige ahnen, was wirklich geschehen ist: In Österreich hat die Stunde der Vier-Parteien-Demokratie geschlagen.

Die vierte politische Kraft ist seither selbstverständlich geworden. Die Grünen sind in Landtage und Landesregierungen, in Gemeindevertretungen und Gemeinderäte, in den Nationalrat und ins Europäische Parlament eingezogen. Sie übernehmen Regierungsverantwortung, wie etwa in Oberösterreich oder in den letzten Jahren in Frankreich, Finnland oder Deutschland.

In Vorarlberg haben die Grünen eine wechselhafte Geschichte durchlebt. Bald zerbrach das Wahlbündnis von Alternativer Liste und Vereinten Grünen an ungeklärten Zielen und Strukturen.

Anlässlich der Nationalratswahl 1986 wurde ein neuer Anlauf gemacht, ökologische und gesellschaftspoliti-

sche Anliegen unter einem Dach zu vereinen. Mit Hilfe der grünen GemeindevertreterInnen und der Impulskraft des Künstlers Ulrich Gabriel wurde die Partei „Die Grüne Alternative“ – heute „Die Grünen“ – gegründet.

Die Alternative Liste gab auf. Trotz der konkurrierenden Kandidatur der rechts-konservativen „Vereinten Grünen“ schaffte die Grüne Alternative mit der Spitzenkandidatin Brigitte Flinspach 1989 den Einzug in den Landtag, erreichte allerdings nur mehr zwei Mandate.

Die Spaltung in eine linke und eine rechte grüne Organisation blieb noch einige Jahre bestehen. Wiederum mit tatkräftiger Mithilfe grüner GemeindepolitikerInnen gelang im Vorfeld der Landtagswahl 1994 die Integration der meisten Akteure. Mit dem Spitzenkandidaten Kaspana-ze Simma holten die Grünen das dritte Mandat zurück. Uneinigkeit in der Frage der Politik gegenüber der absolut regierenden ÖVP führte bei der Landtagswahl 1999 zum neuerlichen Verlust der Klubstärke. 2002 errangen die Grünen mit Sabine Mandak erstmals ein Vorarlberger Nationalratsmandat.

Eine erste Bilanz. Im Verlauf der 20 Jahre haben die Grünen gelernt, sich im politischen System zurechtzufinden. Die wichtigste Aufgabe des Landtags, die Kontrolle der Regierung, haben die Grünen trotz übermächtiger Regierungsmehrheiten mit großer Ernsthaftigkeit erfolgreich wahrgenommen.

Aber nicht nur im Landtag, auch in den Gemeindevertretungen, in unzähligen Initiativgruppen, Aktionsgemeinschaften, Interessensorganisationen und Bürgerinitiativen haben tausende von Menschen für die Erhaltung von Lebensräumen und Lebensqualität, für gesellschaftliche Erneuerung und kulturelle Offenheit, für soziale Gerechtigkeit und Toleranz gestritten.

Nach zwei Jahrzehnten ist es an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen, sich für einen Moment aus der Hektik der Tagespolitik zurückzuziehen und zu fragen: Was haben all die Bemühungen, der Einsatz von Zeit und Energie – manchmal bis an die Grenzen der Belastbarkeit, was haben die unzähligen Anträge, Stellungnahmen, Aufrufe, Sitzungen, Versammlungen, Aktionen, Demonstrationen bewirkt?

Die in diesem Buch zusammengestellte Geschichte grüner Erfolge ist eindrucksvoll. Sie belegt, dass Vorarlberg ohne uns nicht das wäre, was es heute ist: ein Land mit hoher Lebensqualität, offen gegenüber Neuerungen, mit einem hohen Stellenwert von sozialer Verantwortung – wenn auch nach wie vor mit vielen offenen Fragen und Defiziten in diesen Bereichen.

Widerstand, Anwaltschaft und Konzepte. Grüne wurden oft und gern als „Verhinderer“ gebrandmarkt, wenn sie den Mächtigen und den Machern in die Quere kamen. Doch die Geschichte der Auseinandersetzungen

um ökologisch desaströse Vorhaben wie die geplante Kraftwerkskette an der Unteren Ill beweist das Gegenteil: Der erfolgreiche Widerstand hat den Weg für bessere Lösungen freigemacht. Ähnlich könnte es im Falle der Schnellstraße S18 kommen.

Wichtige Impulse kommen oft von unten. Die Bionik-Initiative und der Direktvermarktungsverband KOPRA sind eindrucksvolle Beispiele ökologischer Basis- und Pionierarbeit. Und manchmal reicht schon ein Wahlsieg, um einen Stein ins Rollen zu bringen, wie die Geschichte des Energieinstituts beweist.

Grüne Ideen und Konzepte setzen sich nicht von selbst durch. Im Gegenteil. In der Regel werden sie zuerst belächelt, abgetan und bekämpft. Später übernimmt sie der politische Gegner und verkauft sie schließlich öffentlichkeitswirksam als seine Leistung. So geschehen etwa im Fall der Stadtbusse. Deren Geschichte zeigt beispielhaft, wie groß die Kraft einer guten Idee ist, wie mühsam aber auch deren Umsetzung sein kann – und dass Dankbarkeit keine politische Kategorie ist.

Die Grünen verstehen sich nicht nur als Anwälte der Natur, sondern auch der sozial Schwachen und der sogenannten Randgruppen und Minderheiten. Auch wenn deren Lage in diesem Land alles andere als befriedigend ist, ohne unseren Einsatz wäre sie es noch viel weniger. Bei all den Defiziten in der Integration lernschwacher Kinder dürfen wir mit Stolz darauf verweisen, dass die Eltern jeder-

zeit auf unsere Unterstützung zählen konnten. Gleiches gilt für die Zuwanderer, die wir immer gegen rassistische Angriffe verteidigt haben und deren Anliegen im Sinne des Zusammen-Lebens wir nach Kräften unterstützen.

Einer der ganz wesentlichen gesellschaftsverändernden Ansprüche der Grünen ist die Gleichberechtigung der Geschlechter. Motor der Veränderungen waren und sind in erster Linie die Frauen, die sich bei den Grünen in der Gemeinde-, Landes- oder Bundespolitik engagieren. Sie führen laufend die Auseinandersetzung um bessere Bedingungen für Kinderbetreuung und Pflege, um Gleichbehandlung und Gleichstellung in allen Bereichen.

Erfolge haben Namen. Dies und vieles mehr werden Sie in diesem Buch finden. Der freischaffende Journalist Wolfgang Pendl hat die Recherchen gemacht, die Interviews geführt, die Texte verfasst und sich dabei um eine möglichst sachliche Darstellung bemüht.

Unser Ziel war aber nicht nur nüchterne Rückschau, sondern auch die Darstellung der Verdienste der handelnden Personen in und außerhalb der grünen Partei, eine exemplarische Würdigung besonderer Leistungen. Es war uns ein besonderes Anliegen, sichtbar zu machen, dass die großartigen Erfolge und Projekte Namen haben, dass es Menschen waren, die all das geschafft haben. Es wäre allerdings ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, alle Beteiligten zu erwähnen. Zudem wollte nicht jeder, der dies verdient hätte, genannt werden. So stehen die Menschen, die in die-

sem Buch namentlich genannt werden, oft stellvertretend und beispielhaft für viele andere.

Im Namen der Grünen danken wir allen, die einen Beitrag zu dieser beeindruckenden Bilanz geleistet haben.

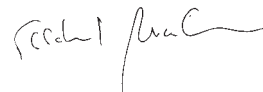
Bregenz, im Mai 2004,



Alexander Van der Bellen,
Bundessprecher der Grünen



Johannes Rauch,
Landessprecher der Grünen Vorarlberg



Ekkehard Muther,
Obmann der Grünen
Bildungswerkstatt Vorarlberg

1

GRÜNE ERFOLGE

Kraftwerkskette Untere Ill

**„Aus Widerstand entstehen
bessere Lösungen“**



Heute undenkbar: In den 80er-Jahren planten die Illwerke eine ganze Kraftwerkskette zwischen Nenzing und der Illmündung bei Meiningen. Der Druck von Umweltinitiativen und Gemeinden verhinderte das Wahnsinnsprojekt. Das später gebaute Kraftwerk Hochwuh in Feldkirch hingegen hat sogar Verbesserungen für die Umwelt gebracht. „Der Widerstand gegen die Kraftwerkskette an der Unteren Ill ist ein schönes Beispiel, wie aus Widerstand oft die besseren Lösungen entstehen“, meint der langjährige Sprecher der Plattform „Rettet die Ill“ und spätere Vorstandssprecher der Vorarlberger Grünen, Andreas Postner, im Interview.

Iriswiesen statt Kraftwerksdämme: Widerstand bewirkte das Umdenken der Politik.

Die Vorarlberger Illwerke haben in den 80er-Jahren eine ganze Kraftwerkskette an der Unteren Ill geplant. Warum gab es dagegen so massiven Widerstand der Umweltschützer?

Andreas Postner: 1984 hat sich die Arbeitsgruppe Matschels konstituiert. Wir haben damals begonnen, über die enormen Umweltauswirkungen aufzuklären. Man muss sich das einmal vorstellen, geplant war einmal zum Beispiel ein dreistufiges Ausleitungskraftwerk. Das heißt, man hätte das Wasser der Ill von Nenzing beziehungsweise Frastanz durch Rohre bis zur Mündung geleitet.

Bei einer anderen Variante wären im Naherholungsgebiet Matschels zwölf Meter hohe Dämme gebaut worden. Es wäre in vielen Bereichen zu einer massiven Beeinträchtigung der Grundwasser-Situation gekommen. Für Feuchtgebiete wie in Matschels oder das Schildried in Göfis hätte ein Absinken des Grundwasserspiegels dramatische Folgen gehabt. Zudem wären Trinkwasserbrunnen in mehreren Gemeinden gefährdet gewesen.

Auch die Geschiebeproblematik war ungelöst: Die Ill führt tausende Tonnen Gestein und Geschiebe mit, das an Staudämmen natürlich nicht durch kann. Unterhalb der Dämme kommt es aufgrund erhöhter Schlepptensionen deshalb zu einer Eintiefung. Zusätzlich gab es noch eine Fülle von Detailproblemen mit dem Kraftwerksbau.

Die Arbeitsgruppe Matschels hat sich auch sehr für den Erhalt der Feldkircher Stadtwerke eingesetzt.

Das bestehende Kraftwerk der Stadtwerke Feldkirch wäre nicht mehr beschickt worden, die Stadtwerke hätten ihre Existenzgrundlage als Energieversorgungsunternehmen verloren. Unser Ziel war und ist es dagegen, die Energieversorgung kleinräumiger zu organisieren. Außerdem wollten wir aus dem Energieversorgungsunternehmen ein Energie-Dienstleistungsunternehmen machen. Deshalb haben wir bei einer Demonstration eine Menschenkette um das Gebäude der Stadtwerke gebildet.

Sie waren lange Jahre Sprecher der Plattform „Rettet die Ill“. Wer gehörte zu deren Unterstützern?

Nach der Arbeitsgruppe Matschels sind ähnliche Gruppen in Meiningen und im ganzen Walgau entstanden. Zusätzlich hatten wir die meisten Gemeinden auf unserer Seite, also Meiningen, Frastanz, Satteins, Schlins, Göfis und Nenzing. Das war auf politischer Ebene ganz wichtig.

In der Stadt Feldkirch war die Stimmung nicht so eindeutig.

Interessanterweise nicht. Zum Beispiel war der Vater des heutigen Bürgermeisters, der damalige Finanzstadtrat Andreas Berchtold, ein großer Befürworter einer Totalver-



bauung der Ill. Es gab damals noch das Rechtsinstrument des „bevorzugten Wasserbaus“. Wenn ein Projekt so eingestuft wurde, waren die Mitbestimmungsrechte weitgehend eingeschränkt.

Wir haben lange gebraucht, um den Feldkircher Stadtrat zu überzeugen, dass er sich gegen die Einstufung als „bevorzugter Wasserbau“ ausspricht. Die hätten ohne unser Engagement freiwillig auf ihre eigenen Mitbestimmungsrechte und auf ihre Stadtwerte verzichtet – eigentlich unglaublich.

Fantasievoll, kompetent und ausdauernd: 15 Jahre dauerte der Widerstand gegen die Ill-Kraftwerke.

Die zehn Jahre dauernde Auseinandersetzung

wurde teilweise mit harten Bandagen geführt.

Bei einem Vortrag an der Uni Innsbruck hat man uns die Staatspolizei in die erste Reihe gesetzt. Wir haben dann auch aus verlässlicher Quelle erfahren, dass unsere Telefone abgehört wurden. Auch bei der Wasserrechtsverhandlung in Bregenz herrschte eine unglaublich gespannte Atmosphäre. Beim Hineingehen wurden wir genau durchsucht, das war fast eine Leibesvisitation.

Im Rückblick muss ich sagen: Es gab aber auch korrekte Menschen unter den ursprünglichen Kraftwerksbefürwortern. Der damalige Landeshauptmann Herbert Kessler wollte im Vorfeld der Wasserrechtsverhandlung eine landesweite Volksabstimmung über die Kraftwerksbauten organisieren. Die betroffenen Gemeinden waren massiv dagegen, weil sie sich nicht von außen Kraftwerke quasi aufzwingen lassen wollten. Der Feldkircher Stadtrat Wolfgang Müller leistete eine glasklare Argumentation gegen eine solche majorisierende Vorgangsweise.

Landeshauptmann Kessler hat diese Argumente schließlich akzeptiert und von der Volksabstimmung Abstand genommen, obwohl das sein eigener Vorschlag war. Eine solche politische Größe hat mir bei seinen Nachfolgern oft gefehlt – siehe Schnellstraße S18.

Wie konnten „Laien“ die Argumente der Planer und Experten der Illwerke widerlegen?

Wir hatten mit Andreas Weingartner, Wolfgang Pfeferkorn, Eyolf Aistleitner, Johanna Ess, Norbert und Katharina Pflieger, Josef Stark und vielen anderen ein unglaublich breites Spektrum an Kompetenzen in der Plattform: ein Experte für Hydrogeologie, ein Biologe, ein Landschaftsökologe, Schriftsteller und Journalistinnen, Künstlerinnen, Grafiker, Architekten, ... und vor allem viele Frauen und Männer aus der Bevölkerung, die aus ihrer jahrelangen Naturbeobachtung rund um die Ill wussten: Was die Betreiber behaupteten und berechneten, konnte einfach nicht stimmen.

Parallel zur Wasserrechtsverhandlung fanden dann zusätzlich Expertengespräche statt, bei denen wir nur zwei der 50 Teilnehmer stellten. Wir haben dort aufgezeigt, dass die von den Kraftwerksbetreibern vorgelegten Grundwasserbilanzen nicht gestimmt haben. Und sämtliche Landesräte, Landesbeamte, Amtssachverständige, Illwerke-Mitarbeiter und Illwerke-Gutachter konnten uns nicht widerlegen.

Das Ende der Geschichte ...

... war, dass es nach der Wasserrechtsverhandlung nie einen Bescheid gegeben hat. Die Kraftwerkskette wurde nie gebaut. Und: Die Stadtwerke Feldkirch wurden erhalten. Leider sind aber auch unsere Warnungen im Nachhinein bestätigt worden.

Wir haben immer wieder Mängel bei der Hochwas-

sicherheit im Walgau thematisiert und auch vorausgesagt, dass die Sohlrampe im Bereich der Illmündung einem heftigen Hochwasserereignis nicht standhalten würde. Genau das ist dann 1999 eingetreten. Erst nach der Hochwasserkatastrophe 1999 hat sich das Land entschlossen, den Illspitz naturnah zu sanieren.

Es hätte zwar auch dort noch weitaus bessere Lösungen gegeben, aber immerhin gibt es eine naturnahe, halbwegs ökologische Lösung für den Illspitz. Und inzwischen ist Matschels ein Natura-2000-Schutzgebiet: An Kraftwerksbauten ist nach dem nun geltenden EU-Recht in diesem Bereich der untersten Ill überhaupt nicht mehr zu denken.

Ab 2001 wurde dann in Feldkirch das Kraftwerk Hochwuhr gebaut, dem sogar die Feldkircher Grünen zugestimmt haben.

Das Kraftwerk steht an einem aus ökologischer Sicht relativ unproblematischen Standort. Im Zuge des Baus ist eine Fischtreppe errichtet worden. Zudem führt die Ill nun das ganze Jahr über ausreichend Wasser. Vorher ist sie immer wieder relativ stark „ausgetrocknet“, was sowohl flussbaulich und ökologisch, als auch aus der Perspektive des Stadtbildes mehr als problematisch war.

Ihr Resümee?

Der Widerstand gegen die Kraftwerke an der Unteren Ill ist ein schönes Beispiel, wie aus einem langen, beharrlichen, von unserer Seite aber immer sachlich geführten und sehr kreativen Widerstand die weitaus besseren Lösungen entstanden sind.

Die intensive Zusammenarbeit mit der damals noch ganz jungen grünen Stadtvertretungsgruppe „Feldkirch blüht“ hat uns – ohne jede politische Vereinnahmung – sehr viel weitergeholfen.

Danke! Viele hundert Personen haben die Plattform „Rettet die Ill“ unterstützt. Stellvertretend für viele andere seien hier genannt: Egon Pfifer, Reinhard Gassner, Robert Plank, Wolfgang Müller, Elsbeth Gassner-Koch, Harald Ludescher, Ernst Bischof, Josef Kühne, Astrid Alton, Hubert Löffler, Arno Dalpra, Walter Matt, Hans Widerin, Günther Lampert, Sibylle Fritsch, Markus Fitz, Lucretia Mäser, Rudolf Huber, Günther Keckeis, Heinz Starchl, Arthur Tiefenthaler, Eberhard Amann, Richard Güfel, Reinhold Strieder und Alfons Bertsch. Danke!



GRÜNE ERFOLGE

2

Ökologisches Bauen

Sparverein nach Grünem Wahlsieg



13 Prozent hatten die Grünen bei den Landtagswahlen 1984 erzielt. Das politische Erdbeben zeigte Wirkung: Schon im Jahr darauf wurde der Vorarlberger Energiesparverein gegründet. In der Folge entstand eine Entwicklung vom Energiesparhaus zum Passivhaus, von der flächendeckenden Energieberatung bis hin zur ökologischen Wohnbauförderung. Heute ist Vorarlberg für seine energieeffiziente und ökologische Bauweise und seine Architektur international bekannt.

Der grüne Wahlerfolg 1984 führte zur Gründung des heutigen Energieinstituts.

Im März 1985 beschloss die Vorarlberger Landesregierung die Gründung des Energiesparvereins, des heutigen Energieinstituts. „Man hat keinen rechten Willen dazu

„Die ÖVP hat gedacht, die paar Wahnsinnigen sind leicht ruhig zu stellen. Wir haben sie damals aber ziemlich vor uns her getrieben.“
Werner Kräutler

gehabt, aber nach den Wahlen hat man eben etwas machen müssen“, erinnert sich der erste Geschäftsführer des Vereins, Helmut Hirschfeld. Auch der ehemalige Journalist und Grün-Aktivist Werner Kräutler nennt die Gründung des Energiesparvereins

„eine Alibiaktion der ÖVP“: „Die haben gedacht, die paar Wahnsinnigen sind leicht ruhig zu stellen. Wir haben sie damals aber ziemlich vor uns her getrieben.“

Heilsamer Impuls. Ernst Schwald, bei der Gründung im Beirat des Energiesparvereins und ab 1988 dessen Geschäftsführer, sieht das so nicht: „Natürlich ist die Tatsache, dass die Grünen 13 Prozent erzielt haben, dem Land sehr in die Knochen gefahren. Doch war dies ein heilsamer und demokratiepolitisch wertvoller Impuls.“ Schließlich sei es ja „eine bekannte Strategie, Themen nicht allein einer oppositionellen Gruppe zu überlassen, sondern selber aktiv zu bearbeiten. Wir vom Beirat – Karl-Heinz Rüdiger vom Land, Kurt Schörghuber von den VKW, Robert Häusle von der Vogewosi und ich – haben diese Aufgabe sehr ernst genommen“, betont Schwald. Das meint auch der ehemalige VKW-Direktor Kurt Schörghuber, wegen der VKW-Kraftwerkspläne damals der Gottseibeius der Grün-Szene: „Der Ernst Schwald und ich waren uns aber immer einig: Wenn der Energiesparverein einen Sinn haben soll, muss er unabhängig und seriös arbeiten. Wir sind ja beide

Techniker, keine Romantiker.“

Breite Basis. Tatsächlich wurde der Energiesparverein auf eine besonders breite Basis gestellt. „Man wollte das Thema in fast sozialpartnerschaftlicher Form bearbeiten“, analysiert Schwald. „Das war eine sehr umsichtige Konstruktion.“ Vereinsmitglieder waren u.a. Land Vorarlberg, VKW, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Vogewosi, Erdgasgesellschaft.

Swald hatte bereits 1978 als WIFI-Mitarbeiter eine Energieberatung für Gewerbebetriebe aufgezogen. „Das damals verwendete Schweröl hatte massive Umweltauswirkungen, das Waldsterben war ein heißes Thema“, blickt der spätere Geschäftsführer des Energiesparvereins zurück. Die Einsparungspotenziale in den Betrieben seien damals so hoch gewesen, dass sich die Maßnahmen auch finanziell rentiert hätten. Kein Wunder also, dass die Beratung positiv aufgenommen wurde.

Gute Geschäfte. Mit der Gründung des Energiesparvereins habe man eine derartige Beratung dann auch für den öffentlichen Wohnbau und die privaten „Hüslbauer“ anbieten wollen, so Schwald. Mit Vortragsreihen und

ersten Energieberatungen startete das Angebot.
„Das Land hat gedacht, da wird eh nichts Gescheites draus“, meint Ex-Geschäftsführer Hirschfeld.

„Das Land hat gedacht, da wird eh nichts Gescheites draus“, meint Geschäftsführer Hirschfeld. „Doch wir



hatten schon am Anfang so große Erfolge, dass man nicht umhin gekommen ist, das wohlwollend zu begleiten.“ Mit der damaligen grünen Landtagsfraktion um Kaspanaze

Simma sei man immer im besten Einvernehmen gewesen.

Simma sei damals natürlich eine Schlüsselfigur im Energiebereich gewesen, meint auch Schwald. Er hat vor allem die Achse zwischen Simma und VKW-Direktor Kurt Schörghuber in Erinnerung: „Die beiden konnten offensichtlich gut miteinander, haben nächtelang diskutiert.“

Schörghuber nennt den grünen Landtagsabgeordneten freundlich „ein Wälder Schlitzohr“: „Wir sind uns gegenseitig mit höchstem Misstrauen begegnet, waren in

Umweltschutz wider Willen: Grünes Engagement trieb auch die Landesregierung an.

vielen Dingen anderer Meinung. Trotzdem habe ich ihn menschlich immer sehr geschätzt.“

Architekten dachten um. Eine zweite Wurzel hat der spätere Öko-Bauboom in Vorarlberg unter den Architekten. „Die Kleinheit des Landes“ habe bewirkt, dass sich das Know-how für solares Bauen sehr rasch verbreitet habe, ist Helmut Krapmeier, Architekt, Solarexperte des Energieinstituts und Professor an der Donau-Universität Krems, überzeugt.

Einige Vorarlberger Schüler von Architekt Roland Rainer hatten sich mit dem Thema auseinander gesetzt. In den 70er-Jahren habe die Cooperative von Dietmar Eberle, Markus Koch, Norbert Mittersteiner und Wolfgang Juen mit der Siedlung Im Fang in Höchst auch eine Antwort auf die erste Ölkrise geben wollen, analysiert Krapmeier.

Kleinheit als Vorteil. So habe sich der Virus unter den Architekten des Landes verbreitet, meint der Solarexperte: „Das ist ganz klar ein Fall von ‚small is beautiful‘.“ Weitere Impulse gab der norwegische Architekt Sture Larsen, der sich zu Beginn der 80er-Jahre in Vorarlberg niedergelassen hatte. Als „Innovationsgenie“ bezeichnet ihn Ex-VKW-Direktor Schörghuber: „eine Mischung aus Idealist und Besessenem“.

Auch der ORF-Umweltjournalist Christian Mähr sieht wie Krapmeier in den kleinen Strukturen des Landes einen wesentlichen Faktor für den Erfolg solaren Bauens:

„Wir haben keine Großkonzerne, keine Schwerindustrie, keine wirkliche Lobby für Kohle oder Öl. Anderswo denkt man beim Stichwort Solarenergie an ein großes zentrales Kraftwerk. In Vorarlberg denkt jeder an sein eigenes Häuschen“, meint Mähr.

Der Wink mit dem Geld. Ende der 80er-Jahre kam bereits Bewegung in die Szene: Der Energiesparverein baute in kurzer Zeit ein flächendeckendes Netz an Energieberatern auf. „Aus den vielen Beratungen haben wir gesehen, welch große Einsparungspotenziale da sind“, schildert Ex-Geschäftsführer Ernst Schwald.

Die Idee, die Wohnbauförderung als Anreiz zu verwenden, hält er für einen Eckpfeiler der späteren Erfolgsgeschichte: „Der damalige Leiter der Abteilung Wohnbauförderung hat gesagt: Macht, was Ihr wollt, aber lasst mich mit der Abwicklung in Ruhe. Aber der Landesrat Sausgruber als Wohnbaureferent ist drauf eingestiegen und hat mit der Schaffung des Energiesparfonds die erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt.“

Technologischer Fortschritt. Bereits 1988 führte das Land die Förderung für „Energiesparhäuser“ ein. Angesichts der „allgemeinen Spargesinnung im Land“ (Mähr) waren die Vorarlberger mit dem pekuniären Argument leicht zu überzeugen. Zwischen 1988 und 1994 entstanden 1000 Energiesparhäuser, 8,5 Millionen Kilowattstunden Heizenergie wurden dadurch eingespart. 1994 wurde



bereits jeder zweite Neubau in Vorarlberg im Energiesparhaus-Standard ausgeführt.

(Ölzbündt in Dornbirn von H. Kaufmann)

Auch die Verbreitung von Sonnenkollektoren in Vorarlberg nahm sprunghaft zu. Den „Hütlebauern“ kam entgegen, dass die Kollektoren in Selbstbaugruppen hergestellt werden konnten. Architekt Helmut Krapmeier war im bayrischen Wissenschaftszentrum Weihenstephan bei den Anfängen dabei: „Zuerst waren das nicht viel mehr als angestrichene Heizkörper.“

Boom bei Energiesparhäusern durch Ökologisierung der Wohnbauförderung

Förderung für Ergebnisse. Über die Steiermark verbreiteten sich die Selbstbaugruppen auch nach Vorarlberg.

Zu den ersten Aktivisten gehörten Walter Pfister, heute Obmann der Arbeitsgemeinschaft Erneuerbarer Energie in Vorarlberg, und Gebhard Bertsch. Er machte später sein Hobby zum Beruf und baute mit DOMA Solartechnik einen der größten österreichischen Anbieter von Sonnenkollektoren auf.

Als die Vorarlberger Grünen einen Antrag auf Förderung der Solaranlagen einbrachten, beauftragte das Land den Energiesparverein damit, die Kriterien auszuarbeiten. Dort machte sich der inzwischen nach Vorarlberg übersiedelte Helmut Krapmeier an die Arbeit und trug dabei dem Selbstbau-Boom Rechnung: „Wir haben eine meines Wissens nach wie vor einzigartige Förderung entwickelt, die sich nicht nach der Höhe der Investition, sondern nach dem erzielten Ergebnis richtet. Das heißt: Für die Förderung musste man nicht zwangsweise etwas kaufen, sondern etwas tun.“

Boom bei Kollektoren. Prompt kritisierten die damals noch wenigen gewerblichen Anbieter, das Land fördere den Pfusch, die selbst gebauten Kollektoren könnten ja nichts taugen. Krapmeier organisierte sich einen solchen Selbstbau-Kollektor und ließ ihn in der Schweiz auf den Prüfstand stellen. Er lag etwa im Durchschnitt der industriell gefertigten Anlagen, die Einwände der Unternehmen waren damit vom Tisch.

1991, im ersten Jahr, förderte das Land 2052 Quadratmeter Kollektorfläche, im vergangenen Jahr 2003 lag

die geförderte Fläche bereits bei mehr als dem Sechsfachen. Insgesamt sind seit 1991 in Vorarlberg rund 100.000 Quadratmeter Sonnenkollektoren entstanden.

„Gutes setzt sich auf Dauer durch – steter Tropfen höhlt den Stein.“

Gute Investition. Auch der Energiesparverein wuchs kräftig: Von der Gründung bis zu Schwalds Rücktritt als Geschäftsführer 1995 stieg das Budget von rund 800.000 auf über 20 Millionen Schilling. „Es ist absolut nicht selbstverständlich, dass in so einer Einrichtung ein solches Wachstum entsteht“, lobt Schwald.

Es habe ein „Vertrauen der politisch Handelnden in die Akteure“ gegeben und auch „Einsicht in Sinn und Nutzen der gesamten Vereinsaktivitäten“. Die konsequente politische Arbeit von Kaspanaze Simma und allein die Tatsache, dass es eine Grüne Partei im Landtag gibt, habe die Arbeit mit Sicherheit unterstützt.

Solarexperte Helmut Krapmeier beschreibt das Verhältnis nüchtern: „Viele Impulse kommen aus der Ecke und werden schlauerweise von der Landespolitik aufgegriffen. Gutes setzt sich auf Dauer durch – steter Tropfen höhlt den Stein.“

GRÜNE ERFOLGE

3

Jugendpolitik

Das späte Erbe der 68er



Seit ihrer Gründung in den 70er-Jahren kämpfen die Jugendzentren in Vorarlberg mit fehlendem Geld und mangelndem Verständnis der Gemeindepolitiker. Den Status quo verdanken sie – auch – vielen engagierten Grünen-Politikern, die den Initiativen von Jugendlichen Gehör verschaffen.

Jugend im Aufbruch: Auf der Straße erkämpften sich die Jugendlichen (Frei-) Räume.

1968 fand in Vorarlberg zwei Jahre später statt: 1970 trafen sich rund 1000 Jugendliche auf der Neuburg bei Götzis zum „Flint“-Festival, der Vorarlberger Version von Woodstock. Im Jahr darauf verhinderte die Landesregierung das Musikfestival „Flint 2“, indem sie das Gebiet um die Neuburg kurzerhand unter Naturschutz stellte –

zur selben Zeit, als die Landschaft durch den Autobahnbau zerschnitten wurde.

Doch Druck erzeugt Gegendruck: Die Forderungen der Jugendlichen nach Freiräumen wurden heftiger, im Kleinen entstand eine Vorarlberger Jugendbewegung. 1973 wurde in Feldkirch das Jugendhaus „Graf Hugo“ eröffnet, in den folgenden Jahren entstanden in Bludenz die „Villa K“, in Bregenz das „Between“, in Hohenems das „Konkret“ und schließlich 1981 in Dornbirn der „Spielboden“.

Erbe von Flint. Einer der Mitorganisatoren von „Flint“ war von 1990 bis 1998 sogar Jugend-Stadtrat der größten Vorarlberger Stadt: Rechtsanwalt Günther Hagen konnte in seiner Amtszeit eine Vielzahl an Angeboten für junge Menschen mitaufbauen – von der Offenen Jugendarbeit bis zum Pfadi-Zeltplatz „Eurocamp“ auf dem Zanzenberg.

„Ohne einen bestens besetzten Jugendausschuss sowie zwei prima Sachbearbeiter wäre das aber nur schwer möglich gewesen“, betont Hagen.

Vielzahl von Aktivitäten. „Bei meinem Amtsantritt gab es den Verein Offenes Haus. Dessen Arbeit hat nicht richtig funktioniert, weil sie sich einen professionellen Jugendarbeiter mit den bescheidenen Subventionen nicht leisten konnten“, erinnert sich der Dornbirner Grün-Politiker.

Hagen gründete erst einmal einen städtischen



„Jugendbeirat“ mit VertreterInnen aller Jugendorganisationen – von der Jungen ÖVP bis zum Alpenverein. Im Rahmen einer Jugendstudie wurden die Bedürfnisse der Dornbirner Jugendlichen untersucht. Bereits im Frühjahr 1992 wurde der Verein „Offene Jugendarbeit Dornbirn“ auf Initiative der Stadt gegründet. Er ist Träger der Jugendhäuser „Schlachthaus“ und „Arena“.

„Flint“ wurde zu Grabe getragen, die Vorarlberger Jugendbewegung geboren.

Im April des selben Jahres entstand in Dornbirn, nach französischem Vorbild, das Jugendinformationszentrum „aha“, das die Stadt zusammen mit dem Land Vorarlberg und dem Institut für Sozialdienste betreibt. Inzwi-

schen gibt es „aha“-Infozentren auch in Bregenz, Liechtenstein und Ravensburg.

Probleme bereitete der Stadt in den folgenden Jahren die steigende Jugendarbeitslosigkeit. Das führte 1995 zur Gründung der „Dornbirner Jugendwerkstätten“. In dem Beschäftigungsprojekt werde „hervorragende Arbeit geleistet“, schwärmt Hagen. Jugendliche lernen dort handwerkliche Fertigkeiten und erhalten durch die regelmäßige Beschäftigung auch wieder einen strukturierten Tagesablauf.

Jugend soll mitbestimmen. Besonders stolz ist der ehemalige Jugendstadtrat Hagen auf die Mitbestimmung, die Dornbirn den Jugendlichen ermöglicht. „Die Dornbirner Jugend wird in geeigneter Weise in alle für sie wichtigen Entscheidungsprozesse laufend mit einbezogen“, beschloss die Stadtvertretung am 25. Juni 1998. Dass das nicht nur leere Worte sind, dafür sorgen neben dem Jugendbeirat auch die regelmäßigen Klassensprecher-Treffen und die Arbeit des Vereins „JugendDornbirn“.

„Die hervorragende Entwicklung in der Dornbirner Jugendszene ist vor allem sein Verdienst“, lobte Bürgermeister Rudolf Sohm bei Hagens Rücktritt das Engagement des Grün-Politikers. Und auch seine Nachfolgerin, Jugendreferentin Ingrid Benedikt meint bescheiden, sie „führe das weiter, was er mir hinterlassen hat. Der Günther hat unglaubliche Aufbauarbeit geleistet“.

Aufbauarbeit in Bludenz. Ganz anders ist die Situation in anderen Vorarlberger Städten: In Bludenz etwa war das einzige Jugendzentrum „Villa K.“ nach einer recht wechselvollen Geschichte von 1998 bis 2000 wegen baulicher Mängel überhaupt geschlossen. Auch die Halfpipe für Skater musste der grüne Stadtvertreter und Lehrer Peter Schneider gemeinsam mit seinen Schülern selbst basteln.

Das Café in der Villa K. wurde zwar im Jahr 2000 wieder eröffnet. Doch erst nach dem Amtsantritt der grünen Jugendstadträtin Karin Fritz kam wirklich Bewegung in die Bludener Jugendpolitik. Ihr hartnäckiger Einsatz führte schließlich zum Erfolg: Die Villa K. wurde saniert, fünf Proberäume für Jugendbands geschaffen, der Konzertsaal adaptiert. 2001 erhielt die Stadt endlich einen Jugendkoordinator, das Jugendbudget wurde beträchtlich erhöht. „Durch die konsequente Aufbauarbeit konnten wir sehr viel bewegen“, freut sich Fritz.

Druck in Bregenz. Auch in Bregenz muss die Grüne Opposition laufend Druck machen, damit sich in der Jugendpolitik etwas bewegt: „Bregenz gibt zwar im Verhältnis zu anderen Gemeinden viel Geld für die Jugendarbeit aus, jedoch weitestgehend unkoordiniert und ziellos. Ein politischer Wille ist nicht erkennbar“, kritisiert Mario Lechner, früherer Geschäftsführer des „Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung“ und heute Landesgeschäftsführer der Vorarlberger Grünen.



Die Subventionen für das einzige Mädchenzentrum Westösterreichs, „AmaZone“, seien „höchstens mickrig und können nur durch unseren kontinuierlichen, hartnäckigen Druck gesichert werden“, kritisiert auch der grüne Stadtvertreter Reinhard Ladenhauf. „Die ÖVP könnte stolz sein, dass es in Bregenz eine solch innovative Jugendeinrichtung gibt. Das Gegenteil ist der Fall.“

Der diplomierte Sozialarbeiter Ladenhauf weiß, wovon er spricht: Er war 1977 bei der Entstehung des ersten Bregenzer Jugendzentrums „Between“ beteiligt und arbeitete dort mehrere Jahre.

Wegen BU noch
Karin Fritz fragen
Tel:06642802029

Erstes autonomes Jugendzentrum. Auch in Lustenau dauerte es lange, bis Jugendpolitik zu einer Selbstverständlichkeit wurde. Dort war in den 70er-Jahren sogar Österreichs erstes autonomes Jugendzentrum, „s’Huus“, entstanden: „Über die Sinnhaftigkeit hat es erbitterte Diskussionen gegeben“, erinnert sich Bernd Bösch, in den Anfangsjahren in so ziemlich allen denkbaren Funktionen Mitarbeiter im „Huus“ und heute grüner Vizebürgermeister von Lustenau.

Als sich Alkohol- und Drogenprobleme bei den Besuchern mehrten, wurde „s’Huus“ 1983 geschlossen. „Von da an war Offene Jugendarbeit ein rotes Tuch“, schildert Bösch. Die 1984 gegründete Alternative Liste Lustenau setzte sich zwar von Anfang an dafür ein, den Jugendlichen neue Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen – „es hat aber sehr lange gedauert, bis man überhaupt wieder sachlich über das Thema reden konnte“, so Bösch.

Hinter den Kulissen motivierten die Grünen die Jugendlichen, in eigener Sache aktiv zu werden. Bei einer von den Jugendlichen veranstalteten Podiumsdiskussion im Jahr 1993 standen die Politiker der drei etablierten Parteien dann „ziemlich blank da“ (Bösch).

Persönliche Betroffenheit. Der daraufhin gegründete Jugendtreff „Multi-Kulti“ musste freilich in einem Abbruchhaus Quartier beziehen. Geld für qualifiziertes Personal gab es keines. Erst als Gemeindefraktare mit Drogenproblemen in ihren eigenen Familien konfrontiert waren,

stellte sich die Einsicht ein: „Ein bisschen Betreuung sollte man den Jungen doch bieten.“

Inzwischen gibt es in Lustenau gleich zwei offene Jugendtreffs, die auch mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet sind. „Es ist in allen Fraktionen klar, dass die eine wichtige Arbeit tun“, ist der grüne Vizebürgermeister überzeugt. Sein Resümee: „Wer im Jugendbereich spart, verursacht in anderen Bereichen hohe Kosten.“

Mitbestimmung statt Repression. In Feldkirch herrscht in Sachen Jugendpolitik nicht gerade Aufbruchsstimmung. „Im Reichenfeld gab es jahrelang Probleme, weil Jugendliche dort Gelage abhielten und auch Drogen konsumiert wurden“, erinnert sich Ex-Stadträtin Sabine Mandak. Doch statt Streetworkern schickte die Stadt Security-Personal.

Die Strategie schlug fehl, Grundlegendes hat sich nicht geändert: „Wir müssen Raum für die Jugendlichen schaffen, wo sie sich ohne Konsumzwang treffen können“, appelliert Mandak. Das Jugendhaus „Graf Hugo“ allein, wo sich Grüne immer stark engagierten, reichte nicht aus.

Verwaltung des Mangels. Kleinere Gemeinden tun sich noch schwerer, ein vernünftiges Angebot für Jugendliche zu schaffen. Am Beispiel Bludesch: Trotz laufender Forderungen des „Arbeitskreis lebenswert“ nach einem Ausbau der Jugendarbeit in der Gemeinde dauerte es bis Mitte 2000, bis ein Jugendkoordinator für mehrere Gemeinden

angestellt wurde.

Immerhin wurde seither der jahrelang ungenützte Jugendraum der Gemeinde wieder aktiviert. Gemeinderätin Maria Zerlauth wünscht sich weitere Verbesserungen: „Viele Jugendliche fahren nach Feldkirch oder Bludenz, wenn sie fortgehen wollen. Ein Nachttaxi wäre der Wunsch vieler Eltern.“

Projekt ohne Namen. Ganz anders ist die Situation in Götzis, wo von 1990 bis 2000 eine schwarz-grüne Koalition regierte. Gegenüber der Hauptschule wurde ein Jugendtreff geschaffen, auch eine Halfpipeline wurde auf- und eine Jugendbetreuerin angestellt.

Während einiger Jahre wurden sogar jeweils 100.000 Schilling für das „Projekt ohne Namen“ im Budget reserviert. Die Jugendlichen selbst konnten bestimmen, was sie mit diesem Geld umsetzen wollten, erinnert sich der damalige Vizebürgermeister Wolfgang Berchtold. „Für viele Gemeindevertreter war das schwierig, Geld für etwas bereitzustellen, von dem sie noch nicht wussten, was es wird.“

Konfliktfrei, erinnert sich Berchtold, sei dieses Projekt nie abgegangen – „aber das muss es ja auch nicht“.

Das gilt wohl für die Jugendpolitik insgesamt.

GRÜNE ERFOLGE

4

Mülltrennung

Mit „jugendlichem Fundamentalismus“ zum Erfolg



Ende der 80er-Jahre war Vorarlberg Vorreiter in Sachen Mülltrennung. Die Pionierarbeit hatte der Dornbirner Lehrer Walter Schöpf geleistet, Bionik-Gruppen im ganzen Land führten seine Arbeit weiter. Noch vor der landesweiten Einführung der Mülltrennung beteiligte sich jeder dritte Dornbirner Haushalt freiwillig.

Die Bionik-Initiative Dornbirn leistete Pionierarbeit in Sachen Mülltrennung.

Walter Schöpf ist Turnlehrer, ganz klar. Braungebrannt, Drei-Tage-Bart, eine riesige Sporttasche umgehängt. Obwohl er die 40 bereits deutlich überschritten hat, trägt er die Haare lang, zum Pferdeschwanz zusammengebunden.

Das ist der Mann, dem Vorarlberg – und später auch Österreich – die Einführung der Mülltrennung verdankt?

Mit Hartnäckigkeit zum Erfolg. „Der Walter war unendlich hartnäckig“, erinnert sich Günther Hagen, ehemaliger Umweltstadtrat von Dornbirn. „Als er damals sein Konzept zur Mülltrennung beim Gemeindeverband präsentiert hat, hat es geheißen: Das kann man von den Leuten nicht verlangen, das ist doch unzumutbar. Zwei Jahre später hat das Land dieses System eingeführt.“ Damals, das war Mitte der 80er-Jahre. In Vorarlberg existierte nur eine Glassammlung. Alles andere wanderte in den Restmüll. Die Deponien waren am Rande ihrer Kapazitätsgrenzen, über die Müllverbrennung wurde heftig diskutiert.

Schöpf schlug eine Abfalltrennung in zehn Fraktionen vor: Weißglas, Buntglas, Alu, Weißblech, verschiedene Kunststoffsorten, Papier und Biomüll. „Ich bin mit der Stoppuhr hinter dem Müllauto hergelaufen, um zu berechnen, wie lange man für das Abholen des Mülls braucht“, erinnert sich der heute 47-Jährige.

Doch mit seinem Konzept stieß er nicht nur beim Gemeindeverband auf Unverständnis. Auch der für Abfallwirtschaft zuständige Landesrat Hans-Dieter Grabher, selbst ein gelernter Lehrer, ließ seinen engagierten Berufskollegen abblitzen. Schöpf erinnert sich noch gut an Grabhers Antwort, als er ihm das Abfallkonzept vorlegte: „Sie wollen in einem Rohbau in den zehnten Stock hinauf, in dem noch nicht einmal die Stiegen eingebaut sind.“



Kein Verständnis beim Land. Auch an den Termin beim Gemeindeverband erinnert sich Schöpf noch gut: „Die haben gedacht, ich bin nicht ganz dicht.“ Rückblickend zeigt sich der Dornbirner versöhnlich: Mit zuviel „jugendlichem Fundamentalismus“ sei er damals am Werk gewesen, „doch wenn ich nicht so felsenfest von der Sache überzeugt gewesen wäre, hätte sich nichts bewegt“.

Schöpf jedenfalls ließ nicht locker, kaufte um 100.000 Schilling einen 16-Tonnen-Lkw und gründete das Unternehmen „Bionik-AMR“. Über einen VN-Bericht suchte er interessierte Haushalte, die zur Abfalltrennung bereit wären. 300 Haushalte meldeten sich sofort. Ingrid Benedikt gehörte zu ihnen: „Ich habe gesehen, wenn man den Müll trennt, bleibt kaum mehr was im Kübel“, erinnert sich die ehemalige Stadträtin der Dornbirner Grünen.

Dornbirn „entgiftet“: Reger Zuspruch für Bionik-System

Dornbirn (UH) Unzählige Blechfässer, gefüllt mit Sonder- und Giftmüll aus Haushalt, Garten, Hobby- und Freizeitbereich, zeigten beim „Gifttag“ am vergangenen Wochenende, daß Dornbirns Bevölkerung die angebotenen Abgabemöglichkeiten gerne nützt, um so einen Beitrag zum aktiven Umweltschutz zu leisten. Auch die Bionik-Initiative, die erstmals eine geordnete Müllrücknahme organisiert hatte, zeigte sich über die rege Teilnahme der Bevölkerung begeistert.

Wie schon im letzten Jahr war der „Gifttag“ in Dornbirn wieder ein großer Erfolg. In den ersten vier Stunden wurden über 1000 kg Müll abgegeben.



Eine Idee trägt Früchte. Ein Jahr lang holte Schöpf – neben seinem Beruf als Lehrer – bei den Haushalten den Abfall ab, hielt Vorträge und war Dauer-gast in den Medien. Dann gab er sein Unternehmen auf. „Ich war völlig ausgebrannt, mir hat die Geschichte ziemlich zugesetzt“, erinnert er sich.

Doch die Idee war längst auf fruchtbaren Boden gefallen. Am 6. Mai 1986 starteten Ingrid Benedikt, Angelika Türtscher, Angelika Flor, Martin Grabher und Elmar Diem in Dornbirn die erste „Bionik-Selbsthilfegruppe“. Die Dornbirner konnten jeden ersten Samstag im Monat ihren Müll zum Bauhof bringen. Die Stadt stellte den Bauhof zur Verfügung, die Bionik-Gruppe übernahm die Arbeit.

Was zuvor auf der Deponie gelandet war, wurde nun getrennt und wiederverwertet.

Jeder dritte Haushalt trennte. „Schon am ersten Samstag sind 150 Haushalte gekommen“, erinnert sich Benedikt. Im Jänner 1988 wurde die Sammelaktion in Dornbirn auf drei Abgabestellen erweitert, jeder dritte Haushalt machte damals mit. „Das ist ein richtiger Treffpunkt geworden. Die Leute haben den Müll abgeliefert und ein Schwätzchen mit den Nachbarn gehalten“, erzählt die spätere grüne Umweltstadträtin.

Die Stadt würdigte das Engagement im November 1987 mit dem Dornbirner Umweltpreis für die Bionik-Gruppe. Das Land verlieh Schöpf gleichzeitig den Natur- und Umweltschutzpreis. Landesrat Hans-Dieter Grabher legte einen Entwurf zum Vorarlberger Abfallgesetz vor, mit dem die wichtigsten Eckpunkte von Schöpfs vorher verschmähten Konzept verwirklicht wurden. Das Gesetz wurde 1988 vom Landtag beschlossen.

Bionik überall. In der Zwischenzeit hatten sich im ganzen Land Bionik-Gruppen gebildet. Peter Schneider, grüner Stadtvertreter aus Bludenz, erinnert sich an eine spektakuläre „Auspackaktion“ im früheren Interspar in Bürs: „Wir sind zu zehnt einkaufen gegangen und haben an der Kassa alles überflüssige Verpackungsmaterial liegen gelassen – vor den ORF-Kameras natürlich.“ In Bludenz verhinderten Bionik-Gruppe und Grüne gemeinsam auch eine geplante Mülldeponie mitten im Naherholungsgebiet Gasünd. Binnen 14 Tagen unterschrieben 1300 BludenerInnen gegen die Deponie und die verfehlte Abfallpolitik der Stadt.

Ev. weg und ganze Seite
aktuelle Sammelstelle



Einladungen aus dem Ausland.

Die Dornbirner Bionik-Gruppe wurde indes bei Kongressen und Vorträgen herumgereicht. Informationsarbeit an Kindergärten und Schulen sowie speziell für DornbirnerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache bestimmte in den folgenden Jahren die Arbeit.

Auch gegen den an der Messekreuzung geplanten ersten McDonalds in Vorarlberg engagierten sich die Bionik-AktivistInnen. Beim Fast-Food-Riesen war damals von Mülltrennung noch keine Spur, das Rindfleisch kam aus Südamerika. „Es gab damals viele Angriffspunkte gegen den McDonalds“, resümiert Ingrid Benedikt. „Aber die waren schlau und haben darauf entsprechend reagiert.“

Trennung funktioniert – Vermeidung bleibt Arbeitsthema der Grünen

Müllvermeidung gescheitert. Weitgehend gescheitert sind hingegen die Bemühungen zur Müllvermeidung. Mit dem Tupper-Geschirr geht heute kaum noch jemand einkaufen, Milch gibt es nur mehr im Tetra-Pak.

Die grüne Nationalrätin Sabine Mandak, langjährige Umweltstadträtin von Feldkirch, sieht „den Kampf um die Glasflasche“ sogar gänzlich verloren, nachdem auch Limonaden und Mineralwasser inzwischen vor allem in Plastikflaschen abgefüllt werden: „Die Mengen im Kunststoffbereich steigen in einer irren Geschwindigkeit.“

Ingrid Benedikt sieht aber auch eine grundsätzlich positive Entwicklung, die über Abfallvermeidung weit hinausgeht: „Es gibt immer mehr Leute, die sich für einen bewussten und nachhaltigen Lebensstil entschieden haben und ihr Verhalten hinterfragen.“

GRÜNE ERFOLGE

5

Frauenpolitik

Der Fortschritt ist eine Schnecke



Vorarlbergs Frauen verdienen 42 Prozent weniger als Männer, sind häufiger von Armut gefährdet und haben einen geringeren Ausbildungsstandard. Sie führen den Haushalt und erziehen die Kinder. Und doch: Ganz langsam bessert sich die Situation. Der Fortschritt: eine Schnecke.

Stacheln im Fleisch der männerdominierten Landespolitik: Brigitte Flinspach, Jutta Berger

98,9 Prozent der Karenzgeld-BezieherInnen in Vorarlberg sind Frauen. 98,7 Prozent der Vollzeit-Hausarbeit-Verrichtenden sind Frauen. 89 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. 87 Prozent der AlleinerzieherInnen sind Frauen. 50,6 Prozent aller VorarlbergerInnen sind Frauen.



Doch 66,67 Prozent aller Landtagsabgeordneten und 83,1 Prozent aller Gemeindefachleute sind Männer. 71,9 Prozent aller Schuldirektoren sind Männer. 96 Prozent aller leitenden Mitarbeiter im Landesdienst sind Männer.

Wenig Euphorie. Erfolge in der Vorarlberger Frauenpolitik? „Es ist selbstverständlicher geworden, Frauenpolitik als Querschnittsmaterie zu betrachten“, konstatiert die ehemalige grüne Landtagsabgeordnete Brigitte Flinspach wenig euphorisch. Frauen, die ihre Kleinkinder betreuen lassen, würden „nicht mehr so verteufelt“. Flinspach: „Früher galt man schon als Rabenmutter, wenn ein dreijähriges Kind einen Vormittag pro Woche nicht daheim war.“

Auch ihrer früheren Landtagskollegin Jutta Berger fällt zur Vorarlberger Frauenpolitik nicht allzu viel Positives ein: Mit Femail und der Frauennotwohnung seien zwar wichtige Frauenprojekte entstanden, das Land habe sich aber die Kontrolle gesichert und halte die Projekte finan-

ziell kurz. Grundsätzlich habe sich die Situation der Frauen nicht verbessert. Berger: „Die Einkommensschere klafft immer noch auseinander, zwischen 1997 und 2002 ist sie sogar von 41 auf 42 Prozent gestiegen.“

Nationalrätin Sabine Mandak stellt „eine Bewusstseinsänderung“ fest: „Frauenaspekte fließen heute natürlich schon häufiger in die Debatten ein.“ Und die Dornbirner Grünen-Stadtvertreterin Ingrid Benedikt meint, dass „heute mehr Frauen in der Politik sind als früher“.

Fortschritte erkennbar. Betrachtet man die Veränderungen langfristig, sind Fortschritte erkennbar. In Vorarlberg führten vor zehn Jahren 68 Prozent der Frauen den Haushalt ganz oder überwiegend allein, 2002 waren es noch 60 Prozent. Mitte 2003 waren bei der Vorarlberger Gebietskrankenkasse 7.244 Frauen und 81 Männer als KarenzgeldbezieherInnen gemeldet. Doch immerhin hatte

Mit viel Elan gegen die Widerstände in der Frauenpolitik.

sich der Männeranteil binnen vier Jahren verdoppelt: auf bescheidene 1,1 Prozent.

Auch im Bereich der Bildung holen die Frauen auf: „Das Bildungsniveau stieg in den letzten Jahrzehnten stärker an als jenes der Männer. Frauen haben aber bis dato nicht mit den Männern gleichgezogen“, heißt es im Frauensituationsbericht des Landes aus dem Jahr 2003 nüchtern.

So stieg etwa der Mädchenanteil an technischen und gewerblichen Schulen in Vorarlberg von 0,4 Prozent im Schuljahr 1971/72 auf 15,5 Prozent im Schuljahr 2001/2002. Im Schuljahr 2002/2003 waren 61,6 Prozent aller LehrerInnen Frauen, aber nur 28,1 Prozent aller DirektorInnen. Drei Jahre zuvor waren erst 15,4 Prozent aller DirektorInnen Frauen gewesen.

Beharrlichkeit zeigt Wirkung. Dass es echte Aufbruchsstimmung in der Frauenpolitik gab, ist allerdings schon eine Weile her. In Vorarlberg entstand nach den Wahlen 1989 die erste und bislang auch letzte reine Frauenfraktion im Landtag: Die Grünen waren mit zwei Mandatarinnen, Jutta Berger und Brigitte Flinspach, im Landesparlament vertreten. Der vorhergehende Grüne Klub hatte aus vier Männern bestanden.

„Das hat schon etwas aufgebrochen im Landtag, aber auch innerhalb unserer Partei. Die Grünen waren davon ja patriarchalisch strukturiert, so wie alle anderen Parteien auch“, erinnert sich Berger. „Seither ist der Reißver-

schluss (die abwechselnde Reihung von Frauen und Männern auf KandidatInnenlisten, Anm.) selbstverständlich“, ergänzt Flinspach.

Emanzen statt Frauen. Der Empfang im Landtag war indes alles andere als freundlich: „Ihr könnt’s Euer Schminkköfferle bei mir abstellen“, bot der damalige SPÖ-Vorsitzende Arnulf Häfele an. Die beiden Grünen Frauen machten den lächerlichen und sexistischen Sager öffentlich und zeigten schon in der ersten Sitzung, dass sie sich weder auf die Hinterbänke noch an den Schminktisch verdrängen ließen.

Jutta Berger: „Als wir uns nach der Angelobung gleich mit Grundsatzreden zu Wort gemeldet haben, unsere Vorstellungen von Demokratiepolitik darlegten, waren die Kollegen überrascht bis konsterniert. Das hatten sie von Neopolitikern noch nie erlebt, von Politikerinnen schon gar nicht.“

„Viele Neulinge haben sich auf Anhieb als Bereicherung des Landesparlaments entpuppt. Das gilt vor allem für die beiden grünalternativen Frauen ... Es war ein Landtag wie Weihnachten.“
Hans-Henning Scharsach,
Chefredakteur Neue Vorarlberger Tageszeitung,
1989

„Wir haben ziemlich viel Lärm gemacht für zwei Abgeordnete“, erinnert sich auch Flinspach. Gleich zu Beginn etwa reichten die beiden Politikerinnen Klage gegen die damalige Politiker-Pensionsregelung ein. Flinspach: „Von den anderen Abgeordneten haben wir dafür Gift und Galle geerntet. Aber 1994 hat der Landtag dann eine Regelung

beschlossen, wie wir sie wollten.“

Widerstand wirkt. Nach derartigen Aktionen habe man dann „gleich den Emanzenstempel aufgedrückt bekommen. Da waren die Leute immer wieder ganz erstaunt, wenn sie im persönlichen Gespräch erfahren haben, dass ich Mutter bin“, ergänzt Jutta Berger. Feminismus und Weiblichkeit hätten die Herren Kollegen nicht auf die Reihe gebracht.

Doch nach außen zeigte sich die gewünschte Wirkung, so Flinspach: „Die Fraueninitiativen hatten schon das Bewusstsein, dass ihnen im Landtag jemand politischen Rückhalt gibt – auch wenn sie oft lieber Distanz hielten, um nicht von der ÖVP ins grüne Eck gestellt zu werden.“ Jutta Berger: „Der wesentlichste Erfolg für mich: Wir haben gezeigt, dass sich Politikerinnen nicht auf das Familienthema reduzieren lassen.“

Überparteiliche Zusammenarbeit. „Aufbruchsstimmung vermittelte in Vorarlberg zu dieser Zeit auch das Frauenreferat der Landesregierung unter Brigitte Bitschnau-Canal“, zollt Jutta Berger der später „auf wirklich schätzbare Art“ verabschiedeten Frauenreferentin Lob.

„Ihre Arbeit war überall geschätzt und ich muss anerkennen: Die Landesräte Fredy Mayer und auch Elisabeth Gehrer haben ihr den Freiraum gelassen“, konstatiert auch Flinspach. Bitschnau-Canal organisierte sogar immer

wieder parteiübergreifende Treffen der Landes- und Bundespolitikerinnen.

Ohne Schwung. Solchen Schwung vermissen die beiden Ex-Abgeordneten heute. „Das Land lässt mit Kampagnen die ehrenamtliche Arbeit hochleben. Doch diese unbezahlte Sozialarbeit wurde und wird vor allem von Frauen geleistet – egal ob in der Kinderbetreuung, im Haushalt oder in der Altenpflege“, kritisiert Brigitte Flinspach.

„In Vorarlberg gibt es keine einzige Primaria, kaum Oberärztinnen. Im Landtag gab es bisher eine einzige Klubobfrau, die Regierung kommt über eine einzige Frau nicht hinaus“, ärgert sich auch Ex-Abgeordnete Berger.

Doch die grünen Frauenpolitikerinnen sind sich einig: „Die Arbeit geht weiter. Ohne den Einsatz vieler engagierter Frauen wären wir ja nicht einmal dort, wo wir heute stehen“, formuliert Nationalrätin Sabine Mandak.

Immerhin.

Jutta Berger (45) arbeitet als Journalistin. Sie ist „längst nicht mehr Parteimitglied“ und sieht die Arbeit der Grünen heute „aus sehr kritischer Distanz“.

Brigitte Flinspach ... hier sollte fast auch ein Satz von ihr her.

GRÜNE ERFOLGE

6

Stadtbusse

„Utopische Ideen“ sind längst Realität



Ein dichteres Busnetz, vor allem in den Städten: Lange Jahre wurden die Forderungen der Grünen als utopisch abgetan. Doch der Dornbirner Stadtbus übertraf gleich nach dem Start 1991 alle Erwartungen, die anderen Städte zogen nach.

Das Beispiel Frauenfeld überzeugte den Dornbirner Stadtrat vom Stadtbus-System.

Die Geschichte beginnt Mitte der 80er-Jahre. Und sie steht prototypisch dafür, was mit Forderungen der Grünen im Lande Vorarlberg in aller Regel passiert: erst abgelehnt oder sogar bekämpft, dann umgesetzt und als eigener Erfolg reklamiert.



März 1985: Das Thema Waldsterben ist in aller Munde. Auf Transparenten wirbt die Landesregierung für das freiwillige Einhalten von Tempo 80/100 auf Bundesstraßen und Autobahnen. Der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Feldkirch – Bludenz beginnt.

Stadtautobahn als Alternative. Sechs Wochen vor den Gemeindewahlen stellt die Alternative Liste Bregenz ein „Verkehrskonzept Bregenz-Unterland“ vor. Die Vorarlberger Nachrichten berichten unter dem Titel „Utopische Ideen, interessante Varianten“ darüber. Kern des Konzepts: ein dichtes Busnetz und eine Reihe von Auf- und Abfahrten

Grüne Ideen setzen sich durch: Stadtbus und Landbus sind heute nicht mehr wegzudenken.

zur Rheintalautobahn, um den Autoverkehr aus bewohntem Gebiet fernzuhalten.

Landesrat Günter Vetter, der gerade mal wieder eine neue S18-Variante ausarbeiten lässt, kommentiert in den VN: „Damit würde ich mich nicht in die Öffentlichkeit trauen.“ Heute kann Konzeptautor Gert Köhler darüber lachen: „Man muss Ideen so ungefähr 20 Jahre vorher präsentieren, damit sie irgendwann umgesetzt werden.“

Immerhin hat er 1985 bereits alle Auf- und Abfahrten für die Rheintalautobahn zwischen Bregenz und Dornbirn skizziert: Weidachknoten (gerade im Vollausbau), Wolfurt an der Ach (eröffnet im Dezember 2003), Güterbahnhof (seit Ende 2001) sowie Dornbirn Nord und Süd.

Stadtbus unrealistisch? Auch für die zweite große Forderung der Grünen gab es zuerst einmal Skepsis: „Ein noch dichteres Netz von öffentlichem Verkehr ist wirtschaftlich nicht zu unterhalten“, erklärte der Bregenzer Busunternehmer Josef Weiss damals den VN. Auch Jakob Daxer vom Kraftwagendienst der ÖBB gab dem Grünen Konzept keine Chance: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieses Konzept mit zwölf Linien und 32 Bussen mit den monatlich veranschlagten sieben Millionen Schilling zu finanzieren ist.“

Die beiden laut VN „kompetenten Fachleute“ irrten: Die Grünen hatten für zwölf Linien Kosten von 84 und Einnahmen von 24 Millionen Schilling pro Jahr veranschlagt. Tatsächlich erreichte der Stadtbus mit zunächst vier Linien

bereits 1995 einen Kostendeckungsgrad von 70 Prozent. Die Kosten lagen bei rund 27 Millionen Schilling.

Grüne fahren selbst. Passend zum Gemeindevwahlkampf setzten die Bregenzer Grünen auf Aktionismus: Sie starteten mit drei VW-Bussen gleich selbst eine kostenlose „Buslinie“ im Zehn-Minuten-Takt zwischen Bahnhof und Achsiedlung. „Rechtlich gesehen hätten wir das natürlich nicht dürfen, aber es gab keine Klagen“, erinnert sich Ex-Stadtvertreter Köhler.

Etwa 20 Freiwillige machten, natürlich neben ihrem normalen Job, Dienst als Fahrer. Köhler: „Am Anfang sind vielleicht drei, vier Leute eingestiegen, am Schluss haben sich die Leute am Bahnhof schon angestellt, da sind wir mit zusätzlichen VW-Bussen als Verstärkung gefahren.“

Mit einer ganz ähnlichen Aktion sorgten die Bludenzener Grünen 1986 für Aufsehen. Die damals regierende SPÖ hatte den Antrag abgelehnt, ein Stadtbuskonzept erarbeiten zu lassen, weil das völlig utopisch wäre, erinnert sich der spätere Stadtrat der Grünen, Bruno Spagolla.

So mieteten die Bludenzener Grünen an einem Wochenende vier VW-Busse, und richteten nach ihren Vorstellungen Haltestellen ein. „Die damaligen Buslinien sind ziemlich identisch mit den heutigen Stadtbus-Linien“, lacht Spagolla. „Und der jetzige Verkehrsstadtrat, der sich bei jeder Gelegenheit des Stadtbus-Erfolges rühmt, hat uns damals als Phantasten abgetan. Das kriegt er von mir heute natürlich auch laufend zu hören.“

Erst 1992 startete in Bludenz ein Stadtverkehr mit kleinen Postbussen auf zwei Linien, das „richtige“ Stadtbus-System nahm 1997 seinen Betrieb auf. Die Farbe: Grün.

Bescheidene Forderungen. In Dornbirn ging es schneller voran. Dort hatte die Offene Bürgerliste die Forderung nach einem Stadtbus-System 1985 in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Der Verkehr wälzte sich damals noch mitten über den Marktplatz, die grünen KommunalpolitikerInnen plädierten bescheiden für einen Probebetrieb mit Elektro-Kleinbussen.

„Über die Verkehrsprobleme ist damals viel gestritten worden“, erinnert sich Klaus Fessler, Gründungsmitglied der Vorarlberger Grünen und später Dornbirner Stadtvertreter. Und fügt ein wenig wehmütig hinzu: „Bürgerinitiativen wie die ‚Aktion Atemnot‘ waren damals wirklich idealistisch. Die haben nicht nur für Verkehrsberuhigung vor ihrem eigenen Haus gekämpft.“

Frauenfeld als Vorbild. Die regierende ÖVP gab schließlich den permanenten Forderungen der Opposition nach. Am 13. Jänner 1988 trat erstmals eine „Arbeitsgruppe Öffentlicher Personennahverkehr“ zusammen, die bis heute existiert.

Noch im selben Jahr unternahm der Stadtrat eine Exkursion nach Frauenfeld, wo in der Praxis zu sehen war: Ein dichtes innerstädtisches Busnetz ist auch in Kleinstädten tatsächlich finanzierbar und wird von der Bevölkerung

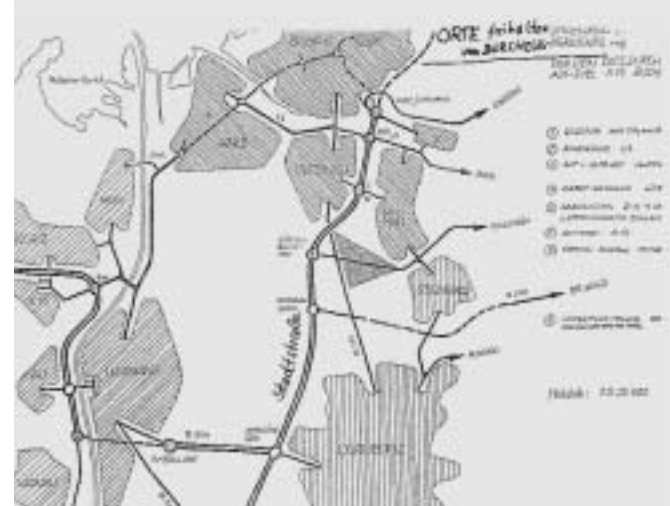
angenommen. „Diese Exkursion hat sicher den Ausschlag gegeben“, ist Fessler überzeugt.

Arbeit im Hintergrund. Von da an war vor allem Arbeit im Hintergrund angesagt. Denn gegen die Konzessionsträger Post und ÖBB waren zusätzliche Linien schlicht nicht durchzusetzen. Also musste die SPÖ bei „ihrem“ Verkehrsminister intervenieren, die Personalvertreter der beiden Staatsbetriebe mussten beschwichtigt werden.

„Wenn nicht alle Parteien an einem Strang gezogen hätten, hätte das nie geklappt“, versichert der AHS-Lehrer. „Wir waren in einem klassischen Oppositionsdilemma: Aber um der Sache willen mussten wir still halten.“ Derweil leisteten die METRON AG und Stadtplaner Markus Aber beim Festlegen von Routen und Fahrplan ganze Arbeit.

Außergewöhnliches Gestaltungskonzept. Auch das Werbe- und Grafikkonzept von Grafiker Reinhold Luger war außergewöhnlich, das zeigt spätestens ein Rückblick: Auf Lugers Entwürfen basieren bis heute alle Vorarlberger Stadt- und Landbusse. Bis hin zum Design der Sitzpolster legte der Grafiker alles fest.

Fessler: „Wir wollten uns mit den neuen Bussen und dem modernen Design ganz bewusst vom damaligen Postbus abheben.“ Der Bevölkerung wurde der Stadtbus schon vor der Eröffnung anlässlich der Dornbirner Messe im wahrsten Sinn des Wortes „nahe gebracht“. Auch Schirme, Yoyos und ähnliche Werbeartikel machten bei den Dornbir-



nern Eindruck.

Opposition „vergessen“. Dass Dankbarkeit keine politische Kategorie ist, wurde bei der Eröffnung am 26. Oktober 1991 wieder einmal deutlich. Bürgermeister Rudolf Sohm „vergaß“ in seiner Rede ganz einfach, den Beitrag der Opposition zu erwähnen, die den Stadtbus erst jahrelang gegen den Willen der ÖVP gefordert und dann bei der Umsetzung mitgearbeitet hatte. SPÖ und Grüne reagierten in einer Presseaussendung erbost. Doch da war's schon zu spät.

Immerhin: Das gemeinsame „Baby“ entwickelte sich prächtig. Statt der erwarteten 20 Fahrten pro Einwohner

Als Utopie wurden das grüne Stadtautobahn-Konzept geschmäht. Nun ist es umgesetzt.

und Jahr waren es 65. Bereits ein Jahr nach dem Start wurde das Netz von drei auf vier Linien erweitert, nach drei Jahren auf sieben Linien weiter ausgebaut. Nach dreieinhalb Jahren konnte bereits der zehnmillionste Fahrgast begrüßt werden.

Der Erfolg des Dornbirner Stadtbusses zeigte Wirkung: 1993 starteten die Stadtbusse in Feldkirch und Bregenz, 1997 dann auch in Bludenz. Auch international erregte das Erfolgsbeispiel Aufsehen: Delegationen von Portugal bis Skandinavien reisten nach Dornbirn.

Grün-Politiker Fessler: „Der Stadtbus Dornbirn war wirklich Pionierarbeit – ermöglicht durch gute Fachleute, ein gutes Management und die entsprechende politische Begleitung.“



GRÜNE ERFOLGE

7 Ökologische Landwirtschaft

Bewässerung für zarte Öko-Pflänzchen



1988 war die KOPRA Vorarlbergs erste Institution, die sich um artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft kümmerte. Personelle und finanzielle Starthilfe gaben die Vorarlberger Grünen. Heute wirtschaftet fast jeder zehnte Vorarlberger Landwirt biologisch – Tendenz steigend.

Artgerechte Tierhaltung, ökologische Produkte: Grüne gaben der KOPRA Starthilfe.

Mai 2004. Die Verhandlungen über das erste österreichweit geltende Tierschutzgesetz sind festgefahren. Die ÖVP-Bauerbündler mauern. Die Grünen bringen einen Kompromissvorschlag auf den Weg, der unter anderem einen schrittweisen Ausstieg aus der Käfighaltung von Hühnern vorsieht.



16 Jahre zuvor hatte der Vorarlberger Grün-Aktivist Werner Kräutler einen Vortrag der Gründerin der Schweizer Tierschutzorganisation KAG, Lea Hürlimann, in Feldkirch organisiert. Auf Anhieb kamen dort 100 Interessierte. Ein halbes Dutzend Landwirte aus dem Großen Walsertal und 30 ökologisch orientierte KonsumentInnen schlossen sich daraufhin zur Konsumenten-Produzenten-Arbeitsgemeinschaft KOPRA zusammen.

Die KOPRA ist heute der mit Abstand größte Vorarlberger Bioverband. Ihre Richtlinien für die Nutztierhaltung sind nach wie vor die strengsten in Österreich. Sie fordern unter anderem einen täglichen Auslauf für die Tiere auch im Winter – bis dahin für viele Landwirte undenkbar.

Grüne Geburtshilfe. 1988 aber war von einem Bio-Boom weit und breit nichts zu bemerken. Die Gründung der KOPRA erfolgte unter tatkräftiger Mitwirkung der Vorarlberger Grünen. Jutta Berger, spätere Landtagsabgeordnete, und Grün-Aktivist Werner Kräutler übernahmen während der ersten Jahre die komplette Organisation – inklusive Auslieferung der Waren. Die ersten Ausgaben der KOPRA-Zeitung „Freiland“ wurden aus dem Initiativfonds der Grünen finanziert.

„Das erste Wasser für das zarte Pflänzchen KOPRA ist von den Grünen gekommen, sonst wäre es vermutlich eingegangen – oder jedenfalls nicht so schnell gewachsen“, meint Kräutler rückblickend.

Bauern wie in Kamerun. Von Beginn an bei der KOPRA aktiv war auch Franz Rauch. Er war erst 1987 von einem Entwicklungshilfe-Projekt in Kamerun zurückgekehrt, wo er Landwirte im standortgerechten Landbau geschult hatte. „Die Arbeit hier war ganz ähnlich, die Bauern sind ja überall gleich – immer ein bisschen skeptisch“, erzählt Rauch augenzwinkernd.

Der diplomierte Landwirt beriet in den ersten Jahren die Bauern der KOPRA sowie an einem Beitritt Interessierte, von 1992 bis 2001 führte er die Geschäfte. Rauch ist überzeugt: „Das Vermarktungsmodell ist bis heute in dieser Konsequenz einzigartig. Mit der KOPRA als Drehscheibe haben auch abgelegene Höfe eine Möglichkeit zur Direktvermarktung, zu denen sonst kaum je ein Konsument

käme.“

Institutionalisierte Direktvermarktung. Die Landwirte melden dem KOPRA-Sekretariat, wenn Tiere zur Schlachtung anstehen, die KonsumentInnen bestellen eben dort Mischpakete mit Fleisch, die aus allen Fleischarten eines Tieres bestehen. Auch Obst, Gemüse, Käse, etc. finden sich im Angebot.

Die KäuferInnen zahlen für die Produkte einen „gerechten Preis“, der etwa 30 Prozent höher liegt als in Geschäften. Er ist so kalkuliert, dass die Landwirte von ihrer Arbeit vernünftig leben können. Die zugrunde liegende Kalkulation wird in der KOPRA-Zeitung „Freiland“ veröffentlicht.

Rettungsversuch für Kleinsennerei. Gerade in den Anfangsjahren gestaltete sich die Aufbauarbeit schwierig: 1989 schlug der Versuch fehl, die Kleinsennerei Buchboden zu retten. Eine Saison lang hatten sechs KOPRA-Bauern dort einen eigenen Käse produziert und erfolgreich vermarktet. Dann lockte ein Angebot des Milchwirtschaftsfonds, der für ein Zusperrn der Sennerei unter dem Titel „Strukturbereinigung“ eine Million Schilling anbot.

Der heutige ÖVP-Landtagsabgeordnete Josef Türtscher war damals einer der Milchlieferanten und hat die Schließung mitbeschlossen, erinnert sich Rauch. Und KOPRA-Mitbegründer Werner Kräutler ergänzt: „Ein halbes Jahr später hat es allen Leid getan.“



Erfolgreiche Projekte. Erfolgreicher war die Einrichtung eines KOPRA-eigenen Schlachthofs in Sonntag im Jahr 1990. Nachdem im Großen Walsertal keine Schlachtmöglichkeit mehr bestand, baute die KOPRA ein altes Feuerwehrhaus in Eigenregie um. Im Jahr 2000 wurde das Projekt aufgegeben, nachdem die immer schärfer werdenden Hygiene-Vorschriften nicht mehr finanzierbar waren.

Ein voller Erfolg war die Neupositionierung der Sennerei Marul. Nach dem EU-Beitritt waren die Milchpreise für die Bauern über Nacht um mehr als 30 Prozent gefallen. „Mich hat ein KOPRA-Bauer alarmiert, weil die Sennerei kurz vor dem Zusperrn stand“, erinnert sich Franz

Entwicklungshilfe für die Ländle-Bauern: Franz Rauch brachte Erfahrungen aus Kamerun mit.



Rauch, der seit 1992 als Geschäftsführer fungierte.

Rauch entwickelte mit einigen Maruler Bauern die Idee einer Bio-Sennerei. Alle 13 Zulieferbetriebe stellten binnen kürzester Zeit auf biologische Wirtschaftsweise um, am 1. Jänner 1997 wurde die Sennerei als Bio-Betrieb anerkannt. Heute verkauft sie einen Großteil ihrer Produkte selbst als „Bio-Walserstolz“.

Vorarlberg bleibt zurück. In den 90er-Jahren erlebt die ökologische Landwirtschaft einen Boom. In Vorarlberg ist die KOPRA der größte Bioverband. Ihre Mitgliederzahl wächst mit Zuwachsraten bis zu 25 Prozent jährlich auf

Neun Prozent der Landwirte in Vorarlberg sind heute Biobetriebe – vor allem in Berggebieten.

fast 1000 KonsumentInnen und 180 bäuerliche Mitgliedsbetriebe im Jahr 1998. Damit bleibt Vorarlberg jedoch hinter der österreichweiten Entwicklung zurück. Beim größten österreichischen Verband Bio Ernte Austria steigt die Zahl der Mitgliedsbetriebe zwischen 1990 und 1995 von 750 auf 10.800.

Heute gibt es in Vorarlberg insgesamt 371 Bio-Betriebe, das sind neun Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe. Damit liegt Vorarlberg sogar unter dem österreichischen Durchschnitt von elf Prozent. Spitzenreiter Salzburg hat 37,5 Prozent Biobetriebe, im Nachbarland Tirol sind es immerhin 22 Prozent.

Land leistet Lippenbekenntnisse. Der Schwerpunkt der Vorarlberger Agrarpolitik liege generell bei der Vermarktung von Ländle-Produkten und nicht auf der ökologischen Landwirtschaft, sind sich die Experten einig. An das viel beworbene „Ländle“-Siegel sind freilich keine Auflagen zur umweltschonenden Produktion geknüpft.

„Das Land tut mehr für die Ländle-Marke, Bio ist nur ein Alibi“, urteilt der Feldkircher Biobauer Josef Stark, der auf 3,5 Hektar Gemüse, Salat, Karotten, Kartoffeln und Getreide anbaut. Er hält den Versuch der vom Land mitinitiierten, gemeinsamen Vermarktungsgenossenschaft der Bio-Verbände für gescheitert, mit Bio-Produkten in Großkühnen Fuß zu fassen: „Nach wie vor wird in dieser Branche zugunsten des Billigpreises entschieden und nicht zugunsten der Qualität.“

Auch die neu gegründete Dachorganisation „Ländle-Gastronomie“ sieht Stark „als Versuch, konventionell produzierten Ländle-Produkten unter dem ‚Bio-Deckmantel‘ auf die Sprünge zu helfen“. Stark: „Dem Konsumenten wird vorgegaukelt, Vorarlberger Bioprodukte serviert zu bekommen. Für mich als Biobauer ist das ein Affront.“ Die Bio-Verbände sind nur zu einem Drittel an der „Ländle-Gastronomie“ beteiligt, einen Biokontrollvertrag gibt es deshalb natürlich nicht. Auch die Geschäftsführung liegt nicht bei den Bioverbänden.

Qualität in der Landwirtschaft. Rauch beurteilt das Bestreben des Landes, die Bioverbände zu vereinigen, vorsichtig skeptisch: „Grundsätzlich ist es zu befürworten, dass es nur eine Dachmarke gibt. Gewachsene Verbände wie die KOPRA haben aber weiter eine wichtige Funktion.“

Positiv beurteilt die Entwicklung dagegen Elmar Weißenbach, einer der Vorstände der Vermarktungsgenossenschaft „Bio Vorarlberg“. „Wir hatten in Vorarlberg zwar nie so einen Boom wie in anderen Ländern. Doch Vorarlberg ist ein guter Boden für Bioprodukte.“ Von der Qualitätsware, die in Vorarlberg produziert werde, „bleibt nicht viel unverkauft“, ist Weißenbach überzeugt.

Neue Marken geschaffen. Der KOPRA-Bauer aus Götzis produziert selbst auf vier Hektar Bio-Dinkel, der vor



allem für das von ihm gemeinsam mit einer Bäckerei kreierte Götzner Würfelbrot verwendet wird. Auch beim Absatz seiner Rinder aus Mutterkuhhaltung ging der Biobauer aus Götzis neue Wege: Er schuf die Marke „Vorarlberger Freilandbeef“.

Neun Prozent der Landwirte in Vorarlberg sind heute Biobetriebe – vor allem in Berggebieten.

Unter diesem Label werden jährlich zwischen 110 und 130 Tiere aus biologischer Haltung über Intersparmärkte und Gastronomie abgesetzt. „Wir reden da nur mehr über die Qualität und nicht mehr über den Preis“, versichert Weißenbach.

Positive Zukunft. Dass ökologische Landwirtschaft



künftig an Bedeutung gewinnt, davon sind alle überzeugt. Elmar Weißenbach geht davon aus, „dass sich der Bio-Markt stark entwickelt. Je mehr man von Gentechnik redet und je mehr die Leute draufkommen, was in die konventionellen Produkte alles hineingemischt wird, desto besser für uns.“

Franz Rauch erwartet dagegen nur ein langsames Wachstum: „Die Rahmenbedingung in Vorarlberg sind nicht so, dass bei der Bio-Landwirtschaft große Zuwächse möglich wären“, meint er. Die Auflagen für Biobauern würden steigen, die Biobetriebe erhielten aber nicht viel mehr Förderungen als konventionell wirtschaftende Landwirte.

Rauch sorgt sich vor allem um das Auseinanderdrif-

Bio-Sennerei der KOPRA in Marul: Bis heute eine Erfolgsgeschichte.

ten von intensiver und extensiver Landwirtschaft. Besonders bedenklich sei „die Tendenz zur Intensivierung auch in Berggebieten“.

Neue Rahmenbedingungen nötig. Nur teilweise optimistisch ist auch der Feldkircher Josef Stark. Er ist sich zwar sicher, dass „Bio immer stärker nachgefragt“ wird. Als Landwirt mit besonders kleiner Anbaufläche befürchtet er allerdings, dass auch in diesem Segment die Rahmenbedingungen falsch gesetzt werden: „Auch im Biolandbau wird es sicher heißen: wachsen oder weichen.“

Von der Politik wünscht sich Stark deutlich bessere Rahmenbedingungen: Kostenwahrheit im Verkehr, eine ökologische Steuerreform, die die Arbeitskosten senkt, Erschwernisse für den Einsatz der Gentechnologie mit einer unbegrenzten Ausfallhaftung und vor allem der Beweislastumkehr und vieles mehr.

„Unter diesen Kriterien würde nicht nur die arbeitsintensive Bio-Produktion rentabler, sondern jegliches Handwerk im Allgemeinen. Ökologisches und soziales Handeln wäre eine Selbstverständlichkeit und müsste nicht verordnet werden“, meint der Feldkircher Bio-Landwirt.

Doch Stark weiß auch: Schon der Status quo wäre ohne die Grünen nicht zu erreichen gewesen. „Die haben Themen wie Boden- und Grundwasserschutz erst ins Bewusstsein der Bevölkerung gebracht. Auch künftig werden wir Biobauern vom Engagement der Grünen leben, ohne ihre kritische Stimme ist das Erreichte nicht zu hal-

ten.“ Elmar Weißenbach formuliert das so: „Die Grünen haben einiges bewirkt, ihr Gedankengut hat sich durchgesetzt.“



GRÜNE ERFOLGE

8

Rechte für MigrantInnen

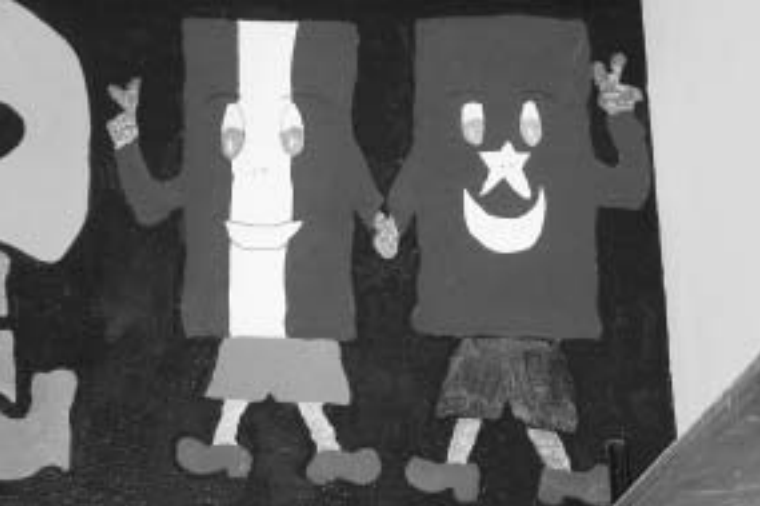
Aus „Gastarbeitern“ wurden MigrantInnen



40 Jahre nach Beginn der ersten Einwanderungswelle halten MigrantInnen langsam Einzug in politische Gremien. Öffentlich diskutiert wurde das Thema vor allem nach der Wahlanfechtung der grünnahen Arbeiterkammerfraktion „Gemeinsam“ im Jahr 1999. Im vergangenen Jahr gab ihr der Europäische Gerichtshof recht.

Neue BU

Akuter Arbeitskräftemangel trieb die damalige Große Koalition im Jahr 1964 dazu, die Zuwanderung zu erleichtern. In Istanbul etwa eröffnete die österreichische Wirtschaftskammer ein erstes Anwerbebüro. Die Idee: „Gastarbeiter“ sollten für ein, zwei Jahre nach Österreich



kommen und dann wieder nach Hause zurückkehren – ersetzt durch nachkommende Arbeitskräfte. **Neue BU**

Wie schon bei den italienischen ArbeiterInnen zu Beginn des Jahrhunderts ging dieser Plan gründlich schief: Weder wollten die „Gastarbeiter“ nach so kurzer Zeit bereits zurückkehren, noch wollten die Unternehmen alle paar Jahre wieder neue Arbeitskräfte anlernen. Der Großteil blieb deshalb in Österreich. Später wurden die Familienangehörigen, vor allem Ehefrauen und Kinder, nachgeholt. Weitere Kinder kamen hier zur Welt.

Unbefriedigende Situation. Etwa 46.000 ausländi-

sche StaatsbürgerInnen leben derzeit in Vorarlberg, das sind rund 13 Prozent der Bevölkerung. Seit 1945 wurden zudem mehr als 21.000 Personen eingebürgert.

Die Situation von ausländischen Staatsangehörigen ist teilweise sehr unbefriedigend: „Die Gastarbeiter sind nach wie vor in untergeordneten Positionen der Arbeitsmarkthierarchie konzentriert“, stellt der Vorarlberger Sozialbericht aus dem Jahr 2000 nüchtern fest.

Weitere Faktoren: geringere schulische Ausbildung, höhere Arbeitslosigkeit und fehlender Zugang zu Sozialleistungen. „Zum Teil haben Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, nur eingeschränkte Ansprüche oder gar keine Ansprüche auf Leistungen“, so der Sozialbericht.

Erst in den letzten Jahren versuchten MigrantInnen, durch Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen eine Veränderung zu erreichen. Vorreiter war die grünnahe Arbeiterkammerfraktion „Gemeinsam“, die seit 1994 für ein passives Wahlrecht von ausländischen StaatsbürgerInnen wenigstens für Betriebsräte und Arbeiterkammern kämpft. Von Beginn an dabei: die beiden „Gemeinsam“-Kammerräte Mario Lechner und Haydar Aydemir.

Die Liste „Gemeinsam“ ist seit 1994 in der Arbeiterkammer vertreten, das passive Wahlrecht für MigrantInnen war von Anfang an eines der Kernthemen. Warum?

Mario Lechner: AusländerInnen sind auf dem Vorarl-

berger Arbeitsmarkt klar benachteiligt. Viele haben nur schlecht bezahlte Jobs und sind häufiger von Arbeitslosigkeit bedroht. Sie müssen zwar, wie jeder andere auch, ihre Arbeiterkammer-Beiträge bezahlen. Doch für den Betriebsrat oder für die Arbeiterkammer dürfen sie nicht kandidieren. Das ist doch schreiendes Unrecht. Wie soll sich jemand in unsere Gesellschaft integrieren, wenn man ihm gleichzeitig das Recht auf Mitbestimmung nimmt?

Haydar Aydemir: Als wir im Juli 1992 den Vorarlberger Immigrantenbund gegründet haben, war von Anfang an ein Ziel, bei den AK-Wahlen anzutreten. Doch damals war es schwierig, eingebürgerte Migranten zu finden, die kandidieren durften. Wir haben uns deshalb Verbündete gesucht – bei den Grünen sind wir sofort auf offene Ohren gestoßen.

Was hat sich nach der Arbeiterkammerwahl 1994 konkret getan?

Aydemir: Wir haben in der ersten AK-Vollversammlung sofort einen Antrag auf Einführung des passiven Wahlrechts für ausländische StaatsbürgerInnen gestellt. Im Jahr darauf starteten wir die Aktion „Demokratie 95“: Zum ersten Mal in der Geschichte kam ein Mitgliederantrag von AK-Mitgliedern vor die Vollversammlung. Immerhin haben wir damals 1515 Unterschriften gesammelt. 1998 gab es sogar eine Demonstration vor der Arbeiterkammer.

Aber die Anträge wurden von ÖVP, SPÖ und FPÖ



alle abgelehnt.

Aydemir: Das ist richtig. Aber wir haben das Thema immer wieder öffentlich gemacht. Wir haben auf unsere Aktivitäten sehr viele Rückmeldungen bekommen.

Die grünnahe AK-Liste erkämpfte Mitbestimmungsrechte für die MigrantInnen.

1999 kam der nächste Schritt: Sie haben in Vorarlberg lebende Türken auf die Liste genommen. Eine bewusste Provokation?

Lechner: Das war keinesfalls als Provokation gedacht. Das passive Wahlrecht wird türkischen Staatsangehörigen in Zusatzprotokollen zum Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Türkei eingeräumt. Die stammen aus den



80er-Jahren. Rechtlich gesehen war das also nichts Neues. **Hier muss noch eine Bildunterschrift her.**

Arbeiterkammer-Direktor Heinz Peter hat mich 1999 vor der Wahl angesprochen und mich gefragt, ob wir türkische Staatsangehörige aufstellen werden. Ich habe das bejaht und zurückgefragt, wie die AK reagieren wird. Seine Antwort: Wir waren für den EU-Beitritt und müssen jetzt auch das EU-Recht akzeptieren.

Wir haben also eigentlich damit gerechnet, dass sie unsere Kandidatenliste stillschweigend akzeptieren werden. Dann hat aber die FPÖ angefangen, bei dem Thema Druck zu machen. Vermutlich ist erst deshalb die Haltung bei ÖVP und SPÖ gekippt.

Dass „Gemeinsam“ dann aber tatsächlich die Wahl angefochten hat und damit hohe Kosten für eine Wahlwiederholung riskiert hat, ist vielfach auf Kritik gestoßen.

Lechner: Der Vorsitzende der Wahlkommission, Bezirkshauptmann Bernhard Wiederin, hätte unsere türkischen Kandidaten zugelassen, bloß die Parteienvertreter waren dagegen. Wir wollten die Sache noch vor der Wahl bereinigen und haben Einspruch beim Sozialministerium erhoben. Doch die Sozialministerin und dann auch der Verfassungsgerichtshof haben uns gesagt, die Sache müsse im Zuge einer Wahlanfechtung geklärt werden. Da ist uns ja gar nichts anderes übrig geblieben.

Der Europäische Gerichtshof hat dann am 3. Mai 2003 zu unseren Gunsten entschieden, im Dezember hat der Verfassungsgerichtshof die Wahl aufgehoben. Da aber die Neuwahlen bereits ausgeschrieben waren, mussten die Wahlen nicht wiederholt werden.

Wie ist die rechtliche Situation jetzt?

Aydemir: Im Gesetz steht immer noch dasselbe drin wie 1999. Das Wirtschaftsministerium hat aber mittels Rundschreiben mitgeteilt, dass die Bürger von 111 Staaten passiv wahlberechtigt sind. Die Auswahl der Länder ist willkürlich. Das ist schon eine skurrile Situation: Jetzt können Menschen aus Angola oder von den Fidschi-Inseln für die Arbeiterkammer kandidieren, ein US-Amerikaner oder ein

Serbe aber nicht. Der Vorarlberger Arbeiterkammer-Präsident will diese Situation sogar im Gesetz verankern.

Sie sind seit zehn Jahren in der Arbeiterkammer vertreten. Was hat sich aus Ihrer Sicht in der Integrationspolitik verändert?

Aydemir: Früher haben alle von Gastarbeitern gesprochen. Niemand hat geglaubt, dass wir im Land bleiben werden. Und alle hatten immer Angst vor der Reaktion der „Einheimischen“. Es hat immer geheißt, man muss auf die Sorgen der Vorarlberger Rücksicht nehmen.

Lechner: Man erinnere sich: 1993 hat das „Ausländer-Volksbegehren“ der FPÖ extrem polarisiert, ein sachlicher Diskurs war über viele Jahre fast unmöglich. Erst in den vergangenen Jahren ist überhaupt eine vernünftige Diskussion möglich geworden. Zwar hat sich die gesetzliche Situation nicht verbessert, wohl aber die gesellschaftliche.

Aydemir: Die MigrantInnen beginnen langsam, sich politisch einzumischen. In Dornbirn engagiert sich ein Türke auf Gemeindeebene für die Grünen, in Hard steht ein Kurde sogar auf der ÖVP-Liste.

Zu tun bleibt aber noch eine Menge.

Lechner: Unbedingt. Was wir jetzt erleben, sind nur die ersten kleinen Schritte in die richtige Richtung.



GRÜNE ERFOLGE

Gemeindeentwicklung

Nicht mehr ganz planlos



Seit 1988 fördert das Land Vorarlberg **Neue BU** das Erarbeiten von Stadt- und Gemeindeentwicklungsplänen. Unter Beteiligung der Bevölkerung entstehen so wertvolle Leitlinien für die Zukunft einer Gemeinde. Manch haarsträubendes Projekt konnte auf diese Weise verhindert werden.

73 Gemeindeentwicklungsprojekte seit dem Jahr 1988 listet das Land in einer 2002 erschienen Broschüre auf. Und das ist nur eine Auswahl. Tatsächlich wird in Vorarlberg wesentlich mehr geplant.

Die Broschüre ist sehr aufschlussreich: „Entwicklungen gezielt lenken“ heißt ein Kapitel, „Planen für die



Schublade“ ein anderes. Das letzte Kapitel nennt sich provokant „Bürgerbeteiligung als Elchtest“. Ob das der zuständige Landesrat genau gelesen hat?

Bürgerinitiativen allerorten. In den 80er-Jahren hatten heftige Konflikte um Großprojekte die politische Diskussion beherrscht: das Kraftwerk in Andelsbuch, die Straßenprojekte S18 durch das Ried und L52 in Brederis, und viele mehr. In den Gemeinden machten betroffene Bürger ihrem Unmut Luft. Bürgerinitiativen waren groß im

Das von Landesregierung wie auch Opposition

Mitreden, mitdenken, mitbestimmen: Bevölkerungsbeteiligung als Erfolgsprojekt.

befürwortete Gegenkonzept hieß „Gemeindeentwicklung mit Bürgerbeteiligung“. Das Land förderte diese Planungsprozesse, in Schloss Hofen wurde ein Lehrgang für die Begleiter von Gemeindeentwicklungsprojekten geschaffen.

Positive Erfahrungen. „In vielen Gemeinden hat erst ein gewisser Leidensdruck dazu geführt, dass eine Entwicklungsplanung in Angriff genommen wurde“, schildert Alfons Josef Kopf, ausgebildeter Begleiter für Gemeindeentwicklungsprojekte. „Wenn mit den Bürgern gemeinsam geplant wird, kommt es meistens zu konstruktiven Diskussionen statt zum erbitterten Streit.“

Positive Erfahrungen hat etwa die ehemalige Feldkircher Stadträtin Sabine Mandak gemacht: Die Grünen hatten sehr lange für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungsplans gekämpft. „Der Prozess der Stadtentwicklungsplanung hat dann eine richtige Aufbruchsstimmung in der Gemeindepolitik geschaffen“, erinnert sich Mandak.

Die Umsetzung sei dann freilich „zum Teil sehr mangelhaft“ erfolgt, etwa im Verkehrsbereich oder bei der Stärkung des Stadtzentrums. Am nachhaltigsten habe das Konzept im Sozialbereich gewirkt, wo alle Beteiligten in ÖVP-Vizebürgermeister Günther Lampert einen engagierten Partner gehabt hätten, so Mandak. Ihr Resümee: „Politik hängt eben sehr von den handelnden Personen ab.“

Breite Öffnung. Auch in Götzis setzten sich die Grünen sehr für eine möglichst breite Bevölkerungsbeteiligung

beim Schaffen des Gemeindeentwicklungsplans ein. Der ehemalige grüne Vizebürgermeister Wolfgang Berchtold sieht positive Auswirkungen bis heute: „Vor allem wurde der Bau großer Einkaufszentren am Ortsrand verhindert. Götzis hat sich damals sehr bewusst entschieden, die Geschäfte im Zentrum zu stärken und realisiert das bis heute.“

Auch dass sich die damalige schwarz-grüne Koalition für einen Gemeindefaal-Standort im Dorfkern entschied, entsprach dem in der Gemeindeentwicklung festgeschriebenen Auftrag zur Belebung des Ortskerns. Um den Standort hatte es zuvor heftige Diskussionen gegeben.

Vizebürgermeister Wolfgang Berchtold leitete die erfolgreiche Götzner Initiative „Pro Nahversorgung“. Das Land startete später eine ähnliche Kampagne unter dem Titel „Lebenswert leben“.

Angst vor der Bevölkerung dürfe man als Politiker nicht haben, ist Berchtold überzeugt: So wurde in Götzis der Konflikt, ob in Wohngebieten Tempo 30 oder 40 besser wäre, einfach durch eine Anrainerbefragung gelöst. Die Menschen durften selbst entscheiden, wie schnell in „ihrer“ Straße gefahren werden soll. Auch den jahrelangen Parteienstreit um den Bau des Gemeindefaals entschied die Bevölkerung in einer Volksabstimmung.

Gut geplant ist halb gewonnen. Was eine gute Entwicklungsplanung bewirken kann, zeigt das Beispiel Lustenau. Auf Basis des sechs Jahre zuvor ausgearbeiteten Gemeindeentwicklungsplans legten die Grünen vor den Wah-



len ein fundiertes Konzept zur Zentrumsentwicklung vor.

„Dass der von uns skizzierte Weg richtig ist, war eigentlich auch zwischen den Parteien unbestritten. Die Frage war nur: Ist das auch zu schaffen?“ schildert der grüne Vizebürgermeister und Wirtschaftsreferent Bernd Bösch. Vier Jahre nach der Gemeindefwahl ist die Frage beantwortet: Immerhin wurden im Zentrum seither 20 neue Geschäfte angesiedelt.

Platz für Menschen oder für Autos? Langfristige Planung steuert Entwicklungen.

450 neue Arbeitsplätze. Ermöglicht wurde die positive Entwicklung im Ortszentrum auch durch eine Entscheidung gegen Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“

am Ortsrand. An der Dornbirner Straße, wo einst ein riesiges Fachmarktzentrum geplant waren, steht inzwischen der Millenniumspark. Dort sind seither 450 Arbeitsplätze entstanden – viel mehr, als in den Einkaufszentren je geschaffen worden wären.

Zum Vergleich: Die Fachmärkte am Stadtrand von Hohenems benötigten 66.000 Quadratmeter Grundfläche und lieferten im Jahr 2002 rund 80.000 Euro an Kommunalsteuer ab, die aus der Lohnsumme der Beschäftigten berechnet wird. Im Millenniumspark fielen auf 45.000 Quadratmetern 397.000 Euro an Kommunalsteuer an.

Keine überörtliche Abstimmung. Freilich wurde ein großes Grundstück neben dem Millenniumspark bereits 1999 als Einkaufszentrum gewidmet – gegen den Widerstand der Grünen. „Unser Bürgermeister argumentiert heute so wie wir vor zehn Jahren“, freut sich Wirtschaftsreferent Bösch. „Inzwischen gibt es einen fast einstimmigen Beschluss, dass die Gemeinde über den Bebauungsplan eine vernünftige Nutzung dieses Grundstücks sicherstellen soll.“

Defizite sieht Bösch im Bereich der regionalen Zusammenarbeit: „Es ist ein Unding, dass es keine Koordination zum Beispiel zwischen Dornbirn, Hohenems und Lustenau gibt. Jeder plant für sich.“ Auch Gemeindeentwicklungsbegleiter Alfons Josef Kopf sieht hier Nachholbedarf: „Wir hören oft: Euer Konzept funktioniert vielleicht bei euch – bei uns sind die Leute ganz anders ...“ Dabei

müsste nicht jede Gemeinde um viel Geld ein eigenes Sozialzentrum bauen, meint Kopf ketzerisch.

Grenzen des Wachstums. Licht und Schatten sieht Gemeinderätin Maria Zerlauth von der Liste „Arbeitskreis lebenswert“ beim Rückblick auf die Gemeindeentwicklungsplanung in Bludesch. Die Ausgangssituation: Nach dem Bau der Walgaukaserne entstand in der kleinen Gemeinde ein regelrechter Bauboom, die Bevölkerungszahl stieg zwischen 1990 und 1995 um 40 Prozent. „Wir haben seit unserem Einzug in die Gemeindevertretung im Jahr 1990 immer wieder die unkontrollierte Bautätigkeit kritisiert, die keine Rücksicht auf den Dorfcharakter der Gemeinde nahm“, erinnert sich Zerlauth. „Doch es hat vier Jahre gedauert, bis sich die Gemeinde tatsächlich zu einer Entwicklungsplanung durchringen konnte.“

Selbstherrlicher Bürgermeister. Die Vorarbeiten zu einem Leitbild verliefen zur großen Enttäuschung der beteiligten BürgerInnen vorerst im Sand. Erst 1996 beschloss Bludesch schließlich ein „sehr gutes“ (Zerlauth) Räumliches Entwicklungskonzept. 1998 folgte ein Bebauungsdichtekonzept.

Jedoch: Bürgermeister Erich Walter setzte in einer Nacht- und Nebel-Aktion ein Einkaufszentrum mitten im Ort durch, von dem im Entwicklungskonzept keine Rede war. Auch als ein Transportunternehmen um eine Umwidmung der Grünzone für einen Erweiterungsbau ansuchte,

spielte das Entwicklungskonzept plötzlich kaum mehr eine Rolle.

Naturjuwel gerettet. Andererseits konnten im Jahr 1996 endlich die artenreichen Bludescher Magerwiesen unter Schutz gestellt werden, die sonst durch verschiedene Nutzungen Stück für Stück verloren gegangen wären. „Die Gefahr der Verbauung ist seit der Erarbeitung des Entwicklungskonzepts vom Tisch, alle Fraktionen haben das anerkannt“, schildert Gemeinderätin Zerlauth, von Beruf Biologielehrerin.

Auch die Wallheckenlandschaft „Hägi“ konnte vor einer drohenden Zerstörung gerettet werden. Zerlauths Resümee: „Ohne das Entwicklungskonzept wäre auch in diesem Gebiet der Startschuss für eine Verbauung bereits gefallen.“



GRÜNE ERFOLGE

10

Schulische Integration

Zähes Ringen um die Integration an Schulen



Etwas mehr als ein Drittel aller behinderten oder lernschwachen Kinder sind in Vorarlberg in normale Schulklassen mit nicht-behinderten Kindern integriert. Damit ist Vorarlberg Schlusslicht in Österreich. Doch ohne ihr Engagement wäre die Situation noch schlechter, sind Lehrer und Eltern des Vereins „Integration Vorarlberg“ überzeugt. Die Grünen haben das Anliegen von Beginn an tatkräftig unterstützt.

**Integrationsklasse der HS Dornbirn-Lustenauerstraße auf der Sportwoche in Bad Goisern.
(Dieses Foto sollte unbedingt in die Festschrift - der Bub im Rollstuhl ist Thomas, von dem die Mutter im Text berichtet.)**

Eva Bechtold wird heuer 18. Wie viele andere Jugendliche ist sie noch auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Bis

dahin besucht sie eine Berufsvorbereitungsklasse.

Thomas Rauch beendet gerade die Hauptschule und will danach in die HTL wechseln. Für dieses Ziel gibt der 14-Jährige in der Schule mächtig Gas, freut sich seine Mama: „Nachdem es ihm zwei Jahre in der Schule nicht so gut gegangen ist, hat er jetzt einen richtigen Ehrgeiz entwickelt.“

Integration statt Separation. Eva Bechtold und Thomas Rauch sind außergewöhnliche Kinder – beide von Geburt an schwer behindert. „Als die Eva auf die Welt gekommen ist, habe ich sofort das Bild vom Kleinbus vor mir gesehen, mit dem sie jeden Tag abgeholt und in ein Heim gebracht wird“, erinnert sich Judith Bechtold. „Doch genau das wollte ich nie.“

Schulische Integration gab es in Vorarlberg damals noch nicht, nur ExpertInnen befassten sich mit dem Thema. Eine Therapeutin Evas erzählte Judith Bechtold vom pädagogischen Konzept der Integration: Kinder mit und ohne Behinderung sollten gemeinsam Kindergarten und Schulen besuchen und so von einander lernen.

Initiative der Eltern. Die Lochauerin kontaktierte die Spielgruppe, wo ihr Mädchen bereitwillig aufgenommen wurde. Auch der Übertritt in den Kindergarten war zwar mit „viel Organisation und Überzeugungsarbeit ver-



bunden, aber kein Kampf“, schildert Bechtold. Schon schwieriger war der Start in die Volksschule. Der Direktor hatte keine rechte Freude, erst als sich zwei Lehrerinnen von sich aus bereit erklärten, wurde Eva in eine „normale“ Lochauer Volksschulklasse aufgenommen.

Nur ein Drittel der behinderten Kinder besucht in Vorarlberg eine Regelschule.

Thomas Rauch, vier Jahre jünger als Eva, hatte es zunächst etwas leichter. Das Konzept der Integration hatte sich bis nach Vorarlberg herumgesprochen. „Die Stadt Dornbirn hat regelrecht für die Integration geworben, man hat das alles nur von der besten Seite geschildert“, erzählt

Mutter Reingard Rauch. Thomas wurde dann auch bestens im Kindergarten aufgenommen. „Er wurde als gleichwertiges Kind behandelt, das war eine wunderbare Zeit“, erinnert sich seine Mama.

Integration erzwungen. Dafür war der Übertritt in die Volksschule „wie eine Watsche“ für den Buben, meint Reingard Rauch. Der Direktor hatte sich klar gegen die Integration ausgesprochen, auch die Lehrer waren wenig begeistert. Rauch war trotzdem überzeugt davon, dass ihr Kind dort besser aufgehoben sei als in einer Sonderschule: „Wir haben die Integration erzwungen, das Klima war entsprechend.“

Auch die Hauptschule wollte Thomas zunächst nicht aufnehmen. Formaler Anlass: Er musste seiner Behinderung wegen noch immer gewickelt werden, die Lehrer sahen sich dazu nicht in der Lage. Erst als Ingrid Benedikt die Stelle der Integrationslehrerin übernahm und sich auch bereit erklärte, Thomas zu wickeln, konnte der 10-Jährige in die Hauptschule gehen. Die wissenschaftliche Begleiterin der integrativen Schulversuche in den Hauptschulen in Vorarlberg, Claudia Niedermair, bereitete das Lehrerteam in Seminaren auf ihre Aufgabe vor.

Doch erst nach ein, zwei Jahren ging es Thomas in seiner neuen Klasse wirklich gut: Denn auch die anderen Kinder akzeptierten ihren außergewöhnlichen Mitschüler nur schwer.

Typische Geschichten. Die Lebensgeschichten von Eva Bechtold und Thomas Rauch sind gleich in mehrfacher Hinsicht typisch für die Integration in Vorarlberg: Ende der 80er-Jahre von Eltern in jedem einzelnen Fall erkämpft, ist sie bis heute keine Selbstverständlichkeit. Vorbehalte einzelner LehrerInnen und DirektorInnen, wenig Unterstützung von der Schulbehörde, fehlende finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen prägen das Bild.

Typisch sind auch die personellen Querverbindungen zu den Grünen: Claudia Niedermair arbeitet im Vorstand der Vorarlberger Grünen, Ingrid Benedikt ist grüne Stadtvertreterin in Dornbirn. Die stellvertretende Obfrau der Grünen Bildungswerkstatt, Lisbeth Rohner, war eine der ersten IntegrationslehrerInnen in Vorarlberg. Sie arbeitet derzeit an der Hauptschule Bregenz-Rieden.

Grüne als Vorkämpfer. Das Engagement für Integration sei „selbstverständlich nicht parteipolitisch motiviert“, betonen alle grünen Politikerinnen unisono. Es gehe um die Sache, man bemühe sich sogar ganz bewusst, Parteipolitik aus den Diskussionen herauszuhalten. Die Integration behinderter Kinder gehöre aber eben auch zum Gesellschaftsbild der Grünen.

„Es gibt aus allen Parteien Menschen, die sich bei uns aktiv einbringen. Wir wollen nicht einer Partei zugeordnet werden“, hebt auch „Integration Vorarlberg“-Obfrau Reingard Rauch hervor. „Aber klar ist auch: Von den Grünen sind wir in unseren Anliegen immer sehr aktiv unter-

stützt worden.“

Enquete des Landtags. Tatsächlich machte das Engagement der Grünen Integration in Vorarlberg erst möglich: Nachdem einige betroffene Eltern bereits aktiv geworden waren, initiierte die grüne Abgeordnete Brigitte Flinspach nach ihrem Einzug in den Landtag im Jahr 1989 eine Landtagsenquete.

Bereits im Jahr darauf wurden erste Schulversuche in Lustenau und Andelsbuch gestartet, auch ein Verdienst der damaligen Schul-Landesrätin Elisabeth Gehrler, die das gegen Widerstände in ihrer Beamtenschaft durchgesetzt habe. „Vorarlberg war das letzte Bundesland, in dem es integrative Schulversuche gab“, weiß Claudia Niedermaier. In anderen Bundesländern hatten Schulversuche bereits sechs Jahre zuvor begonnen.

Schwieriges Umdenken. Integrationslehrerin Lisbeth Rohner führt diese Rückständigkeit auch „auf die große Distanz zwischen Theorie und Praxis zurück. Die Universitäten sind in Vorarlberg eben doch weit weg.“ Zudem habe Vorarlberg „besonders viel in hochqualifizierte und gut ausgerüstete Sondereinrichtungen für die Therapie und Betreuung von Behinderten investiert“, meint Rohner.

Doch während diese Einrichtungen sich an den Defiziten der Menschen mit Behinderung orientieren, versucht



die Integration, deren Ressourcen zu nutzen. Sich einzugestehen, dass Menschen mit Behinderung von der Integration in eine Regelschule mehr profitieren als von der hochspezialisierten Behandlung, sei angesichts der hohen investierten Summen natürlich schwierig gewesen, analysiert Rohner.

Nur ein Drittel der behinderten Kinder besucht in Vorarlberg eine Regelschule.

Widerstand der Schulen. Klarerweise gab es den Widerstand der Sonderschulen, die zu Recht befürchteten, durch die Integration ihre Stellung zu verlieren. Auch alte, hartgesottene Sonderpädagogen wehrten sich gegen die

neue Bewegung. Claudia Niedermair erinnert sich an die Aussage eines Sonderschulleiters, der sinngemäß meinte: „Man muss Behinderte von Nicht-Behinderten trennen, damit die Behinderten den Nicht-Behinderten nicht irgendwann auf die Nerven gehen.“

Parallel zu den ersten Schulversuchen thematisierte die Grüne Bildungswerkstatt, deren Obfrau Lisbeth Rohner zehn Jahre lang war, die Integration in Veranstaltungen, um so einen öffentlichen Diskurs zu schaffen. 1992 brachte Unterrichtsminister Rudolf Scholten (SPÖ) eine Novelle zum Schulorganisationsgesetz ein, die die Integration ins Regelschulwesen überführte. Ab dem Schuljahr 93/94 konnten Eltern wählen, ob ihre Kinder integrativ oder sonderpädagogisch betreut werden sollten.

Rahmenbedingungen verschlechtert. Vorarlberg indes wand sich bei der Umsetzung: Im Gesetz war vorgesehen, Sonderpädagogische Zentren als Anlaufstellen für Fragen der schulischen Integration einzurichten. Doch in Vorarlberg wurde einfach jede Sonderschule zum Sonderpädagogischen Zentrum erklärt, die neuen Aufgaben – Betreuung der Integration – qualitativ höchst unterschiedlich wahrgenommen.

Zudem verschlechterten sich die Rahmenbedingungen: Die in den Schulversuchen vorgesehene wissenschaftliche Begleitung entfiel, die Lehrer waren künftig weitgehend auf sich allein gestellt. Mit mehreren Sparpaketen im

Bildungsbereich wurden jeweils auch Stunden bei der Integration eingespart: Teambesprechungen etwa gehören jetzt zur unbezahlten Arbeitszeit der Lehrer.

Vorarlberg ist Schlusslicht. Besonders ärgerlich empfinden die Pädagoginnen die Intransparenz: „Es hat niemand eine Ahnung, nach welchen Kriterien Stunden auf die einzelnen Schulen verteilt werden“, kritisiert Lisbeth Rohner. „Wer gut verhandelt, kriegt offenbar auch mehr.“ Die Folge: Sowohl Sonderschulen als auch Integrationsklassen fühlen sich benachteiligt. Rohner: „Jeder glaubt, der andere wird bevorzugt.“

Tatsächlich sind in Vorarlberg nur gut ein Drittel der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Integrationsklassen untergebracht, zwei Drittel sind in Sonderschulen. In der Steiermark etwa sind drei Viertel aller behinderten Kinder integriert, in Wien ist es fast jedes zweite. „Vorarlberg ist Schlusslicht in Österreich in Sachen schulischer Integration“, weiß Claudia Niedermair. Besserung ist nicht in Sicht: Während überall der Anteil integrierter Kinder steigt, stagniert er in Vorarlberg.

Qualität leidet. „Das Thema Integration verliert an Terrain, die Qualität leidet“, findet auch Lisbeth Rohner. Immer noch gebe es „viel zu wenig ausgebildete SonderpädagogInnen in Vorarlberg“, eine Qualitätssicherung fehle völlig. Auch das Fehlen echter Sonderpädagogischer Zen-

tren zur Unterstützung der Integration mache sich negativ bemerkbar.

Claudia Niedermair konstatiert Ernüchterung: „Anfangs haben Eltern ihre leistungsstarken Kinder sogar bewusst in Hauptschul-Integrationsklassen gegeben, weil sie dort die besten Rahmenbedingungen für ihre Kinder sahen. Diese Euphorie ist lange vorbei.“

Ernüchterung bei den Eltern. Die Bilanz der betroffenen Eltern fällt ähnlich aus: „Die Gesamtsituation in Vorarlberg empfinde ich als sehr schwierig“, resümiert auch Judith Bechtold, die sich seit vielen Jahren im Vorstand des Vereins „Integration Vorarlberg“ engagiert. „Wichtig wäre ein klares Bekenntnis zur Integration von oben.“

Auch die Obfrau des Vereins, Reingard Rauch, ist mit der Situation unzufrieden: „In vielen Fällen passiert Integration nur, wenn Vater oder Mutter der Schule lästig sind. Die Eltern haben das Gefühl, dass sehr viel von einzelnen Personen abhängt, und nicht, dass Integration gewünscht ist.“

Das Erreichte sei aber auch dem Engagement der Grünen zu verdanken, loben die beiden Mütter: „Das war die einzige Partei, die uns von Anfang an uneingeschränkt unterstützt hat“, meint Bechtold. Und Rauch ergänzt: „Irgendwie gehen die anders mit dem Thema Mensch-Sein um.“



GRÜNE ERFOLGE

11

Schnellstraße 18

Sag zum Abschied leise Servus



Rund 20 Jahre nach ihrer „Geburt“ liegt die Bodensee-Schnellstraße S18 in den letzten Zügen. Mit der bevorstehenden Entscheidung der EU werde der Landesregierung ein „Abschied in Würde“ ermöglicht, meinen die Gegner der Schnellstraße durch das Ried.

20 Jahre nach den ersten Planungen ist die Schnellstraße durchs Ried so gut wie gestorben

Exakt 27 AktivistInnen trafen sich am 8. März 1994 im Lustenauer Gasthof „Rose“ zur Gründung der „Plattform gegen die S18“. Unter ihnen: Naturschutzbund-Vorsitzende Hildegard Breiner, die zur Sprecherin der Plattform gewählt wurde, Thomas Mittelberger, heute Lustenauer Umwelt-Gemeinderat der Grünen, sowie Siegfried Fink,



damals Wolfurter ÖVP-Gemeinderat, heute Vorstandsmitglied der Vorarlberger Grünen.

Fast exakt zehn Jahre später trafen sich die drei wieder: zu einem fast schon historischen Rückblick auf den S18-Widerstand.

Seit etwa 40 Jahren wird eine Verbindung zwischen der Vorarlberger und der Schweizer Rheintalautobahn geplant – zuerst als Autobahn, seit 1985 als Schnellstraße. Jetzt rechnen eigentlich alle mit dem Aus für die S18.

Thomas Mittelberger: Wir warten eigentlich nur mehr auf das Schlussfest. Und das gibt sicher ein Riesenfest.

Tausende Vorarlberger demonstrierten über Jahre gegen die S18. Letztlich erfolgreich.

Hildegard Breiner: Natürlich ist man noch immer ein bisschen unsicher, solange die Entscheidung in Brüssel nicht gefallen ist.

Mittelberger: Solange die S18 nicht tot und begraben ist, gibt es bei den Verantwortlichen im Land auch keinen Platz für neue Gedanken. Erst mit dem Entscheid aus Brüssel kann die Landesregierung das Projekt in Würde verabschieden.

Rückblende um zehn Jahre: Was war der Anlass zur Gründung der Plattform gegen die S18? Widerstand gegen das Projekt gab es ja auch schon vorher.

Siegfried Fink: Es gab immer massiven Widerstand, aber der war eher lose organisiert.

Mittelberger (lacht): Eigentlich kurios: Manfred Hagen, Inge Sohm und ich sind zu einer Versammlung der Grünen nach Dornbirn gefahren. Die hatten aber irgendetwas Wichtiges zu besprechen und wir konnten unser Anliegen nicht vorbringen. Da haben wir gesagt: Nehmen wir die Sache einfach selbst in die Hand.

Die Überparteilichkeit der Plattform war dann aber ein großer Vorteil.

Mittelberger: In der Plattform gab es immer überproportional viele Grüne. Aber es waren von Anfang an Leute aus verschiedenen Parteien dabei: Walter Bösch von der Lustenauer SPÖ, die Wolfurter ÖVP und viele andere. Das war enorm wichtig zu zeigen, dass da nicht nur „ein paar

Grüne“ protestieren. Die Plattform hat den Widerstand von immerhin 35 Organisationen gebündelt und die rechtlichen Schritte koordiniert.

Breiner: Wir haben immer sehr darauf geachtet, uns nicht vereinnahmen zu lassen.

Fink: Die Grünen haben den S18-Widerstand natürlich sehr unterstützt, haben das Anliegen immer wieder in den Landtag getragen. In der Anfangszeit hat uns auch das „Grüne Initiativenbüro“ sehr geholfen. Schon der Zugang zu einem Kopierer war in der damaligen Zeit Gold wert. Ohne die Grünen hätte es den Widerstand in dieser Form nicht gegeben.

Der Riss zwischen Befürwortern und Gegnern geht noch heute durch die Bevölkerung.

Mittelberger: ... und auch quer durch die Parteien. Die ÖVP in Wolfurt und Lauterach war dagegen, in Dornbirn dann auch. Bürgermeister Erwin Mohr war immer einer unserer wichtigsten Unterstützer, seine Standhaftigkeit ist gar nicht hoch genug zu schätzen.

Die SPÖ ist einen totalen Zick-Zack-Kurs gefahren. Wirklich geschlossen dafür sind und waren eigentlich nur die Freiheitlichen. In der Bevölkerung war die S18 nach meiner Einschätzung immer so eine 50:50-Geschichte.

Fink: Mich hat immer überrascht, wie sensibel die Leute auf das Ried reagieren. Ich kann mich noch gut an das erste Riedfest Mitte der 80er-Jahre erinnern. Da haben wir mit ein paar hundert Leuten gerechnet. Gekommen

sind 5.000. Wir haben einmal an einem einzigen Tag allein in Lauterach und Wolfurt 3.600 Unterschriften gesammelt.

Breiner: Es ist auch erstaunlich, wie viele Menschen unsere Aktionen finanziell unterstützt haben. Wir haben zwischen 1990 und 1994 über 900 „Naturschutzbriefe für das Ried“ zu jeweils 200 Schilling verkauft. Das Geld ging in einen Fonds, mit dem zum Beispiel die Opfer von Enteignungen unterstützt werden sollten. Für die rechtlichen Schritte konnten wir ab 1994 noch einmal Geld in ähnlicher Größenordnung sammeln.

Mittelberger: Wir haben immer gewusst: Wenn das Thema brisant ist, sind wir in der Lage, die Leute zu mobilisieren. Wenn nichts los war, haben wir uns manchmal zu dritt getroffen. Und in der heißen Phase haben wir dann fast 6.000 Einwendungen gegen die S18 gesammelt.

Neben dem Widerstand durch verschiedene Protestaktionen gab es aber immer auch den juristischen Widerstand.

Breiner: Ich bewerte den Aktionismus sehr hoch, so haben wir das Thema bei der Bevölkerung wach gehalten. Den Erfolg gebracht haben aber die rechtlichen Schritte.

Fink: Wir haben im Oktober 1986 den Trassenverlauf mit 600 Holzkreuzen ausgesteckt. Das Landesstraßenbauamt hat im Auftrag von Landesrat Vetter die Kreuze ausgerissen, obwohl wir die Erlaubnis der Grundbesitzer hatten. Den Prozess haben wir gewonnen, das Landesstraßenbauamt hat uns die Kreuze repariert zurückgebracht.

Mittelberger: Vor Gericht haben wir in den ersten Jahren fast alles verloren, das muss man offen sagen. Erst die Einwendung an die EU wegen der Natura-2000-Schutzgebiete im Jahr 2001 hat gezogen. Dann hat auch der Verfassungsgerichtshof unserer Beschwerde aufschiebende Wirkung zuerkannt.

Rückblickend betrachtet: Hätte die S18 eigentlich je die Chance auf Realisierung gehabt?

Fink: 1987 gab es eine Variante mit einer Untertunnelung des Rheins. Die wäre vermutlich durchgegangen. Der damalige Wirtschaftsminister Robert Graf war dafür, aber Finanzminister Ferdinand Lacina hat wegen der hohen Kosten abgelehnt.

Mittelberger: Den aus meiner Sicht entscheidenden Fehler hat Landesrat Hubert Gorbach im Jahr 2000 gemacht, als er die Trasse im Naturschutzverfahren nicht ausstecken hat lassen.

Fink: Das war Überheblichkeit. Da war er sich seiner Sache zu sicher.

Mittelberger: Und diese Überheblichkeit hat bei uns wieder sehr viele Leute mobilisiert.

Wenn die S18 wie erwartet scheitert: Was wird dann passieren? Wie lautet Ihre Prognose?

Fink: Ich weiß nicht, ob wirklich ein Umdenken stattfindet, oder ob das Land nicht wieder mit irgendeinem Zauber-Bauprojekt alle Probleme lösen will.



Breiner: Ich wäre ja schon glücklich, wenn sie sich nicht nur auf ein Projekt konzentrieren, sondern an mehreren Stellen anzusetzen versuchen.

Das Lauteracher Ried ist der „Central Park“ des Rheintals.

Mittelberger: Man sieht das ja schon an der derzeit laufenden Überarbeitung des Verkehrskonzepts: Da wird auf Basis von dürftigem Zahlenmaterial rein bauorientiert gedacht. Lösungen müssen alle Verkehrsträger umfassen, man darf nicht nur an den Autoverkehr denken.

Fink: Solange die Straßenbauabteilung in Vorarlberg die Verkehrsplanung macht, so lange wird es keine vernünftigen Lösungen geben.

Die unendliche Geschichte der S18

- 60er-Jahre: Das Konzept einer „Bandstadt“ im Rheintal entsteht. Die Verkehrsplanung dafür beinhaltet erste Pläne für eine Autobahnverbindung A15 zwischen Vorarlberger und Schweizer Rheintalautobahn.
- 1981: Nach einer Großdemonstration im Ried werden die A15-Pläne auf Eis gelegt.
- 1985: Straßenbau-Landesrat Vetter legt erste Pläne für eine zweispurige S18 vor, die im Dezember von der Landesregierung beschlossen werden.
- 1986: S18-Gegner markieren die Trasse mit 600 Holzkreuzen. Landesrat Vetter lässt diese rechtswidrig entfernen.
- 1987: Eine S18-Variante mit Untertunnelung des Rheins wird von Wirtschaftsminister Robert Graf befürwortet, vom Finanzministerium wegen zu hoher Kosten später verworfen.
- 1990: Großkundgebungen gegen den Bau der S18 im Ried.
- 1992: Das Genehmigungsverfahren nach dem Natur- und Landschaftsschutzgesetz beginnt. Es wird später abgebrochen.
- 1994: Das §4-Verfahren zur Trassenfestlegung beginnt. Der Bund nützt eine EWR-rechtswidrige Übergangsfrist, um eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Projekt zu umgehen. Dass die



- Landesregierung die UVP mit Füßen tritt, symbolisieren die S18-Gegner mit einem Transparent, das Landesstatthalter Hubert Gorbach vor die Bürotür gelegt wird. Im März wird die „Plattform gegen die S18“ gegründet. Sie sammelt 6.000 Einwendungen gegen den Trassenverlauf. Im Ried finden mehrere Großkundgebungen statt. Der Versuch der Plattform, Parteienstellung im §4-Verfahren zu erhalten und die Umweltverträglichkeitsprüfung einzuklagen, scheitert später.
 - 1997: Der Bund legt in der so genannten §4-Verordnung den Trassenverlauf fest.
- Der Schutz des Wachtkönigs ist der EU wichtiger als der Bau der S18 durchs Ried.**

- 1998: Der Verein „Transform“ untersucht gemeinsam mit dem WWF die Rahmenbedingungen für die Vorarlberger Natura-2000-Schutzgebiete. Dabei wird festgestellt, dass das Schutzgebiet „Lauteracher Ried“ viel zu klein ausgewiesen wurde. Bei einem gemeinsamen Abendseminar im Wolfurter Kubus über die „Könige des Riedes“, die Wachtelkönige, wird klar, dass der S18-Trassenverlauf den Natura-2000-Bestimmungen der EU widerspricht. WWF, Transform, Bird Life und die Naturschutzanwaltschaft bereiten alle fachlichen und rechtlichen Maßnahmen für eine Beschwerde bei der EU-Kommission vor.
- 2000: Das neue Natur- und Landschaftsschutzverfahren beginnt. Die Gemeinden fordern das Auspflocken der Trasse, Straßenbau-Landesrat Hubert Gorbach lehnt ab. Im Mai erlässt die Bezirkshauptmannschaft Dornbirn trotz klar negativer Gutachten einen positiven Bescheid. Nach Wolfurt, Lauterach und Dornbirn spricht sich erstmals auch Lustenau gegen die S18 aus.
- 2001: Die Gemeinde Wolfurt und Bird Life reichen Beschwerde bei der EU-Kommission wegen Verstoßes gegen die Natura-2000-Richtlinie der EU ein.
- 2002: Die EU fordert die Landesregierung ein zweites Mal auf, das Teilgebiet Soren im Lauteracher Ried als Natura-2000-Gebiet zu nominieren.

- 2003: Die Landesregierung bestätigt in zweiter Instanz den Naturschutzbescheid der Bezirkshauptmannschaft Dornbirn aus dem Jahr 2000. Der Verwaltungsgerichtshof erkennt den Beschwerden gegen den Bescheid aufschiebende Wirkung zu. Die EU-Kommission beschließt, gegen das Land Vorarlberg eine Klage beim Europäischen Gerichtshof einzubringen.
- 2004: S18-Gegner und Befürworter erwarten die Klage der EU-Kommission beim EuGH.

S18-Aktivisten. Eine Aufzählung der S18-Gegner im gegebenen Rahmen kann niemals vollständig sein. Zu den vielen Mitstreitern gehören neben vielen anderen auch Walter Bösch, Manfred Hagen, Erwin Mohr, Herbert Moosmann, Kurt Neunkirchner, Inge Sohm, Katharina Lins, Philipp Meusburger, Andreas Baumüller, Peter Hasslacher, Andreas Postner und bis zu seinem Tod Franz Viktor Breiner. Danke!



Grüne Chronologie

5. November 1978 In einer Volksabstimmung sagen 50,47 Prozent Nein zum AKW Zwentendorf. Das bedeutet das Aus für die Nutzung der Atomkraft in Österreich.

5. November 1982 In Graz gründen VertreterInnen der Anti-AKW-, Frauen-, Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung die „Alternative Liste Österreichs (ALÖ)“.

2. Dezember 1982 Gründung der aus dem bürgerlichen-wertkonservativen Lager stammenden Organisation „VGÖ“ (Vereinte Grüne Österreichs), deren vorrangiges Ziel der Naturschutz ist.

29. März 1983 Die deutschen Grünen überspringen knapp die Fünf-Prozent-Hürde und ziehen mit 5,3 % in den Bundestag ein.

24. April 1983 ALÖ und VGÖ kandidieren bei der Nationalratswahl getrennt und verfehlen mit einem Stimmenanteil von 1,36 % bzw. 1,92 % den Einzug ins Parlament.

21. Oktober 1984 Der Spitzenkandidat der ALÖ im Vorarlberger Landtagswahlkampf, Kaspanaze Simma, geht mit der VGÖ ein Wahlbündnis ein (AL/VGÖ) und erreicht mit einem Erdrutschsieg von 13% der Wählerstimmen und

4 Mandaten den erstmaligen Einzug einer grünen Gruppierung in einen Landtag.

19. Dezember 1984 Mehrere tausend Menschen besetzen die Hainburger Au, um den Bau eines Donaukraftwerkes zu verhindern. Ein Polizeieinsatz mit zahlreichen Verletzten führt zu mächtigen Solidaritätsdemonstrationen. Die Regierung stellt wenig später den Kraftwerksbau ein.

4.-11. März 1985 353.906 Personen unterzeichnen das „Konrad-Lorenz-Volksbegehren“, das u.a. das Verbot von Großkraftwerken wie Hainburg und die Errichtung eines Nationalparks in diesem Gebiet verlangt. Diese Forderung ist bis heute unerfüllt geblieben.

21. April 1985 Bei den Gemeindewahlen treten grüne und alternative Gruppen in 12 Gemeinden an, erreichen landesweit 3,11 % der Stimmen und 26 Mandate. In den Städten erzielt „Feldkirch blüht“ 2 Mandate, die Offene Bürgerliste Dornbirn 3, die Grün-Alternative Liste Hohe-nems 3, sowie „Bludenz grünt“ 2 und „Bregenz grünt“ 1 Mandat.

26. April 1986 Der Reaktorunfall in Tschernobyl bestätigt auf grausame Weise die Notwendigkeit des „grünen“ Engagements gegen die Atomkraft.

4. Mai 1986 Die durch die Hainburg-Ereignisse prominent gewordene Freda Meissner-Blau erreicht als grüne Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen 5,5% der Wählerstimmen. Mit 10% ist Vorarlberg das „grünste“ Bundesland.

21. September 1986 Die AL-VGÖ-Plattform schafft mit 3,73% knapp der Einzug in den steirischen Landtag.

23. November 1986 „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau (GRÜNE)“ erreicht bei der Nationalratswahl 4,82% der Wählerstimmen. Dies entspricht 8 Mandaten.

13.–15.2.1987 1. Bundeskongress der „Grünen Alternative“ in Klagenfurt: Konstituierung der Partei und Anerkennung der bisher gegründeten Landesorganisationen.

3. Mai 1987 Konstituierende Generalversammlung der „Grünen Bildungswerkstatt“, der politischen Akademie der Grünen, in Salzburg.

12. März 1989 Bei den gleichzeitig in Salzburg und Tirol stattfindenden Landtagswahlen schaffen die Grünen den Einzug in die beiden Landtage. In Salzburg stellen sie mit 6,15% der Stimmen 2, in Tirol mit 8,26% Stimmenanteil sogar 3 Mandate.

8. Oktober.1989 Die „Grüne Alternative Vorarlberg“ (GAV) und die VGÖ-nahe Liste „Die Grünen Vorarlbergs“ (DGV) kandidieren bei den Landtagswahlen getrennt. Die GAV erringt mit 5,18% der Stimmen 2 Mandate (Brigitte Flinspach und Jutta Krätler-Berger), während die „Grünen Vorarlbergs“ knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.

1. April 1990 Bei der Gemeindevertretungswahl kandidieren zwölf grüne bzw. grünnahe Listen. Die Liste „Bludenz grünt“ erreicht wie das „Grüne Forum Bregenz“ 2 Mandate, die Feldkircher Liste „Feldkirch blüht“ erhält 4 Mandate, die „Offene Bürgerliste“ in Dornbirn sogar 5. Das „Forum Rankweil“ erreicht beim ersten Antreten 3 Mandate. Das bemerkenswerteste Ergebnis ist das der Gruppe „Höchste Zeit“ mit 23 % und 6 Mandaten. Landesweit werden 42 Mandate erreicht, dazu kommen 10 Mandate unabhängiger Listen mit grüner Beteiligung.

7. Oktober 1990 „Die Grüne Alternative – Grüne im Parlament“ erreicht bei den Nationalratswahlen trotz leichter Stimmenverluste 10 Mandate.

10. November 1991 Bei der Gemeinderats- und Landtagswahl in Wien gelingt mit 9,08 % (7 Mandate) der Einzug ins Rathaus. Mit Christoph Chorherr sind die Grünen auch im Wiener Stadtsenat vertreten.

26. April 1992 Der von den Grünen unterstützte Kandidat Robert Jungk erreicht bei der Bundespräsidentenwahl 5,75 % der Stimmen.

23. Januar 1993 Als Protest gegen das Anti-Ausländer-Begehren der FPÖ nehmen in Wien über 200.000 Menschen an einem „Lichtermeer gegen Fremdenhass“ teil. Veranstaltet wird die Kundgebung von der Organisation „SOS Mitmensch“, an deren Gründung VertreterInnen der Grünen maßgeblich beteiligt waren.

18. September 1994 Bei den Vorarlberger Landtagswahlen kann mit der Unterstützung von 7,76 % der WählerInnen ein Mandat dazu gewonnen und die Klubstärke wieder erreicht werden. Neben Kaspanaze Simma vertreten Brigitte Flinspach und Christian Hörl grüne Interessen im Vorarlberger Landtag.

Oktober 1994 Die grüne AK-Fraktion „Gemeinsam“ ist erstmals mit 2 Mandaten (4,41 % der Stimmen) in der Vollversammlung der Arbeiterkammer Vorarlberg vertreten.

9. Oktober 1994 Bei der Nationalratswahl erreichen die Grünen (die seit dem Vorjahr unter der Bezeichnung „Die Grünen – Die Grüne Alternative“ auftreten) 7,31 % der Stimmen und 13 Mandate.

2. April 1995 Bei den Gemeinderatswahlen kandidieren 15 grüne und grünnahe Listen, die mit 41 Mandaten das Ergebnis der letzten Kommunalwahlen um ein Mandat verfehlen. „Bludenz grünt“, „Feldkirch blüht“ und das „Grüne Forum Bregenz“ halten jeweils das Ergebnis von 1990, die Offene Bürgerliste Dornbirn verliert 2 Mandate. Die unabhängigen Listen mit grüner Beteiligung können ihren Mandatsstand mehr als verdoppeln und halten bei 21 Sitzen.

17. Dezember 1995 Bei den vorgezogenen Nationalratswahlen verlieren die Grünen stark an Stimmen und erhalten 9 Mandate, das sind 4 Mandate weniger als im Vorjahr.

13. Oktober 1996 Die Grünen erreichen bei der ersten Europaparlamentswahl 6,81 % der Stimmen. Spitzenkandidat Johannes Voggenhuber erhält ein Mandat.

17. Januar 1997 Die Landesversammlung wählt Johannes Rauch zum Vorstandssprecher der Vorarlberger Grünen.

5. Oktober 1997 Die Grünen schaffen mit 5,78 % und 3 Mandaten erstmals den Einzug in den oberösterreichischen Landtag.

7.-14. April 1997 Das Volksbegehren gegen Genmanipulation wird von 1,2 Millionen Wahlberechtigten unterschrieben (zweitbestes Ergebnis aller Volksbegehren); das Volksbegehren für Frauenrechte erhält 640.000 Unterschriften (Platz 6). Beide Initiativen wurden von den Grünen unterstützt.

22. März 1998 Die Grünen ziehen mit 4,49% und 2 Mandaten erstmals den Einzug in den niederösterreichischen Landtag ein.

19. April 1998 Bei der Bundespräsidentenwahl unterstützen die Grünen die Superintendentin der Evangelischen Kirche des Burgenlands, Gertraud Knoll, die als überparteiliche Kandidatin 566.551 Stimmen bzw. 13,59% erhält. Bundespräsidenten Klestil wird wiedergewählt.

23. April 1998 Die Vollversammlung beschließt in Dornbirn das Programm der Vorarlberger Grünen. Motto: „Arbeit schaffen – Umwelt erhalten – Zukunft gestalten“.

27. September 1998 Die Grünen/Bündnis 90 erhalten 6,7% der Stimmen und 47 Mandate im 14. Deutschen Bundestag. Deutschland wird erstmals von einer rot-grünen Mehrheit regiert.

13. Juni 1999 Mit ihrem Spitzenkandidaten Johannes Voggenhuber können die Grünen bei der Europaparlamentswahl mit 9,29% ein zusätzliches Mandat gewinnen, das Mercedes Echerer ausüben wird.

6.-23. April 1999 Trotz Stimmenverlusten von über einem Prozent bleibt die grüne ArbeitnehmerInnen-Liste „Gemeinsam“ weiterhin mit 2 Mandaten in der Arbeiterkammer vertreten. Die AK-Hauptwahlbehörde streicht fünf türkische Arbeitnehmer vom Wahlvorschlag. Anfang Mai 2003 entscheidet der EuGH, dass diese Streichung nicht zulässig war.

19. September 1999 Bei den Landtagswahlen erreichen die Grünen 6,0% und verlieren ein Mandat. Sie werden von Christian Hörl und Sabine Mandak im Vorarlberger Landtag vertreten.

3. Oktober 1999 Als Spitzenkandidat der Grünen erreicht Alexander Van der Bellen bei der Nationalratswahl mit 7,4% der Stimmen das bisher beste NR-Ergebnis der Grünen. Im selben Jahr wird er zum Klubobmann gewählt.

1. Februar 2000 Johannes Rauch, Vorstandssprecher der Vorarlberger Grünen, wird im Landtag als Nachfolger von Christian Hörl angelobt.

4. Februar 2000 Die blau-schwarze Regierung wird unter heftigem Protest großer Teile der Öffentlichkeit angelobt. An den Demonstrationen – auch in Bregenz – beteiligen sich die Grünen maßgeblich.

2. April 2000 Bei den Gemeinderatswahlen verzeichnen die Grünen große Gewinne. Es treten 14 grüne bzw. grünnahe Listen an, die 47 Mandate (davon acht Gemeinde- und Stadträte) erreichen. Die unabhängigen Listen mit grüner Beteiligung erreichen 30 Mandate (davon 6 in Vorständen). Der „Arbeitskreis lebenswert“ gewinnt in Bludesch 31,4% der Stimmen; die Liste „Röns 2000“ kann mit 50% der Stimmen ein herausragendes Ergebnis verzeichnen. Das „Grüne Forum Bregenz“ kann ein Mandat dazugewinnen, die grünen Listen aus Feldkirch und Dornbirn halten ihr Ergebnis aus dem Jahr 1995.

3. Dezember 2000 Die Grünen schaffen mit 5,49% und 2 Mandaten den Einzug in den burgenländischen Landtag.

7./8. Juli 2001 Auf dem 20. Bundeskongress beschließen die Grünen ein neues Programm mit den 6 Grundwerten: ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei und feministisch.

22. September 2002 Bündnis 90/Grüne steigern sich bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag um 1,9% auf 8,6% der Stimmen und setzen die Koalition mit der SPD fort.

24. November 2002 Bei der vorgezogenen Nationalratswahl kommen die Grünen auf 464.980 Stimmen, das sind 9,47% und 17 Mandate. Mit vorarlbergweiten 14,5 Prozent erringt Sabine Mandak ein Grundmandat für die Grünen. Mit 17,3% wählt Bregenz am grünsten.

29. Jänner 2003 Katharina Wiesflecker wird als Landtagsabgeordnete vereidigt. Sie folgt Sabine Mandak nach.

19. Oktober 2003 In der Schweiz verzeichnen die Grünen bei Parlamentswahlen einen großen Erfolg: 4 zusätzliche Sitze im Nationalrat (von 9 auf 13) und eine Erhöhung des Stimmenanteils von 5 (1999) auf 7,4%.

31. Januar 2004 Die Vollversammlung der Vorarlberger Grünen wählt Johannes Rauch, Katharina Wiesflecker, Karin Fritz und Bernd Bösch als KandidatInnen für die Landtagswahl.

7. März 2004 Bei der Landtagswahl in Salzburg verfehlen die Grünen mit 8% trotz Stimmengewinnen knapp das 3. Mandat. Die Kärntner Grünen überspringen souverän die 10%-Grundmandatshürde in Klagenfurt und ziehen mit landesweiten 6,7% der Stimmen und 2 Mandaten in den Landtag ein. Damit sind die Grünen in allen Landtagen vertreten.

19. März 2004 Bei der Arbeiterkammerwahl gewinnt die grüne ArbeitnehmerInnen-Liste „Gemeinsam“ mit 5,3% ein Mandat dazu und stellt nun 3 der 70 Abgeordneten der AK-Vollversammlung.

Vorarlberg im Jahre 2024 – Eine Vision

Visionen zu entwickeln war immer eine Stärke der Grünen. Nur aus Visionen entstehen Innovationen. In unseren Programmen sind sie beschrieben, aus unserer Geschichte ablesbar. Was das konkret für die Zukunft Vorarlbergs bedeuten kann, wo wir die Entwicklungen sehen, was unsere Visionen für das Land sind, soll hier kurz umrissen werden.

Vorarlberg – Teil der Euroregion Alpenrhein-Bodensee. Im Jahr 2024 hat Vorarlberg seine Grenzen überwunden: der Rhein wird vom trennenden Kanal zur lebendigen Flusslandschaft umgebaut, die ersten Arbeiten sind abgeschlossen. Der Lebensraum von Chur bis Bregenz und von Bregenz, rund um den Bodensee, bis Konstanz versteht sich als vielfältig vernetzte Region. Der Nachteil der Randlagen – Ostschweiz, westlichstes Österreich, südlichster Zipfel von Deutschland – ist zur Stärke geworden, weil grenzüberschreitend in allen Bereichen zusammengearbeitet wird. Es existiert ein urbanes Verkehrssystem, bei dem Bahn-, Straßenbahn- und Bussysteme eine tragende Rolle spielen. Durch ein intelligentes Mobilitätskonzept ist es gelungen die Zuwachsraten im Individualverkehr zu stoppen und den LKW-Transitverkehr massiv zu begrenzen. Luftqualität und damit Lebensqualität haben sich verbes-

sert. Das Lauteracher Ried ist zum „Central Park“ im unteren Rheintal geworden und eine Oase der Naherholung.

Die Region ist technologisch Vorreiter für erneuerbare Energien, Wasserversorgungssysteme und Abwasserreinigungsanlagen. Eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen hat es geschafft, mit grünen Ideen schwarze Zahlen zu schreiben und damit tausende von Arbeitsplätzen zu sichern. Durch die Verwirklichung neuer Tourismuskonzepte ist die Abkehr vom landschaftsfressenden Massentourismus erfolgt. Eine von allen drei Ländern gemeinsam aufgebaute Bodensee-Universität bildet gemeinsam mit den Fachhochschulen und den anderen Schulen eine vielfältige Bildungslandschaft.

Die Gemeinden des Rheintals haben sich zu „Verbandsgemeinden“ zusammengeschlossen, um wichtige Versorgungsleistungen gemeinsam wahrzunehmen: Kinderbetreuung, Grundschulen, Freizeitanlagen, Feuerwehren, Baubehörden oder Altersversorgung.

In der sozialen Versorgung ist die Grundsicherung verwirklicht: Im Falle von Alter, Krankheit, Behinderung oder Arbeitslosigkeit hat jedermann/jedefrau Anrecht auf ein Mindesteinkommen, mit dem das Auskommen sichergestellt ist. Neue Arbeitszeitmodelle und ein neues, umfassendes Verständnis von „Arbeit“ lassen individuelle Spielräume zu: bezahlte Berufsarbeit, Ausbildungs- und Weiterbildungszeiten, gemeinnützige Arbeit und Phasen längerer „Auszeit“ lassen sich nahtlos kombinieren. Ein dichtes Netz an Kinder- und Schülerbetreuungseinrichtungen

stellt sicher, dass Familie und Beruf problemlos unter einen Hut gebracht werden können.

Wie einst die zugewanderten Trentiner sind die MigrantInnen der 70er- und 80er-Jahre mit allen Rechten gesellschaftlich integriert und anerkannt. Die Region Alpenrhein-Bodensee ist für dringend benötigte Arbeitskräfte eine attraktive Zuwanderungsregion.

Verantwortung für Kunst und Kultur wird als öffentliche Angelegenheit von Bund, Ländern und Kommunen wahrgenommen und als integrativer Bestandteil der Demokratie verstanden. Eine gesicherte Finanzierung schafft Freiraum und Sicherheit für Kulturschaffende.

Nutzungskonflikte und Interessensgegensätze werden auf parlamentarischer Ebene und durch das verfassungsmäßig verankerte Mitwirkungsrecht der Nichtregierungs-Organisationen (NGO's) ausgetragen. Für die Region grundlegende Entscheidungen werden in allen Regionalparlamenten grenzüberschreitend behandelt und abgestimmt...

Alles perfekt? Sicher nicht. Wir haben zwar Visionen, aber weltfremde Träumereien sind unsere Sache nicht. Entscheidend ist, wie die kommenden Jahre gestaltet werden: Vorarlberg steht in vielen Bereichen in einer Art „Umbruchsituation“. Daher ist es besonders wichtig, Entscheidungen sorgsam zu treffen – im Sinne der Nachhaltigkeit für kommende Generationen. Kurzfristiges Pro-

fitstreben und rücksichtsloses Agieren ohne jeden Gemeinsinn sind dabei wenig hilfreich.

Wir verstehen uns als Teil eines gesellschaftlichen Diskurses, eines Prozesses. Dass wir dabei ungeduldig sind, vorantreibend, oft vorauseilend ist uns Grünen eigen. Wir hinterfragen Bestehendes und stellen lange Vertrautes in Frage. Lästig, wie manche meinen. Aber diese kreative Unruhe zu bewahren, Fragen zu stellen und in Frage zu stellen, widerständig zu sein, auf der Suche nach dem Besseren – das ist das Wesen unserer Bewegung. Oder, wie es im Grundsatzprogramm zusammengefasst ist: „Wir sind Optimisten – auf Basis der Realitäten. Eine solidarische Gesellschaft in einer intakten Umwelt ist unsere Vision – wo wir sie gefährdet sehen, leisten wir Widerstand und ergreifen Partei. Menschenrechte und Gewaltfreiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind unsere Werte. Die Geschwindigkeit von Leben und Wirtschaften hat sich dem Menschen und der Natur anzupassen – niemals umgekehrt. Was uns zusammenhält, ist die Gewissheit, auf dem richtigen Weg zu sein, und der Wille, etwas zu bewegen. Das ist die Kraft der Grünen.“

Ein visionäres Programm, wie ich meine – auch für die kommenden 20 Jahre.

Johannes Rauch

Bildnachweise

René Dalpra, S. 13, 21
MOMA Fotografenmeister
Mohr Reinhard+Mathis
Dietmar, S. 16
**Archiv Die Grünen (?), S. 23,
60**
Archiv Energieinstitut, S. 29
Archiv Ekkehard Muther, S.
26
Archiv Peter Füßl, S. 33, 35
Archiv Ingrid Benedikt, S.
43, 48
Nikolaus Walter, S. 53,
54/55, 113, 126/127
Klaus Fessler, S. 59
Ingrid Benedikt, S. 103
Gerhard Klocker, S. 67
Archiv Kopra, S. 69, 70, 73
Peter Swozilek, S. 74, 78, 80
Mario Lechner Archiv , S. 83,
84, 87
Lisbeth Rohner Archiv, S. 91,
105, 109
Dietmar Stiplovsek, S. 93

Karl-Heinz Galehr Archiv, S.
94
Hugo Ender Archiv, S. 97
Archiv Vlbz. Landesregie-
rung, Abt. VIIa, S. 101
**Claudia Niedermair Archiv,
S. 103**
Hildegard Breiner Archiv, S.
115, 121
Gerhard Stürzlinger, S. 116



Das Programm der Vorarlberger Grünen hält auf 58 Seiten Befunde, Grundsätze und Prioritäten für die Bereiche Umwelt und Wirtschaft, Soziales, Frauen, Familie und Kultur fest. Im Jahr 1998 beschlossen, jedoch immer noch aktuell.

Bestellen unter: gruene.vorarlberg@vol.at
oder Tel. 0 55 74/474 88



Streiten um Demokratie.

Unter diesem Titel lud die Grüne Bildungswerkstatt vom 6. bis 9. September 2001 zu einer Sommerakademie zur Verfassungsdiskussion ein. Es ging um Demokratie und Öffentlichkeit in Österreich wie auch auf europäischer Ebene aus wissenschaftlicher und aus politischer Sicht. Die Beiträge der AutorInnen – u.a. Eva Kreisky, Dimitris Tsatsas und Johannes Voggenhuber – sind in diesem Buch zusammengefasst. Fazit: Die Gesellschaft muss um Demokratie streiten, um sie zu bewahren, muss sie erneuern, um sie zu stärken.

Erhältlich gegen einen Unkostenbeitrag von 10,- Euro unter:
gruene.vorarlberg@vol.at
oder Tel. 0 55 74/474 88

nachhaltig. effizient. phantasievoll.

Die Grüne Wirtschaft

Wir bringen frischen Wind in die Vorarlberger
Wirtschaftspolitik.

Wir vertreten die Interessen ökologisch und
sozial

handelnder UnternehmerInnen in Vorarlberg.

Telefon 05577 82413 Mail

bernd.boesch@vol.at

***Wenn der Berg nicht zum Propheten
kommt, geht der Prophet eben zum
Berg. Und die Prophetin auch.***

Unter www.vorarlberg.gruene.at

und unter www.gruene.at

**finden Sie alle wesentlichen Informationen
über die Grünen aus erster Hand. Warum
also warten, bis Radio, Fernsehen und
Zeitungen über die Grünen berichten?**

